



VERGABEUNTERLAGEN

104-25-E11

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die
Fahrgastzählanlage

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur 3)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

20.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Verfahrensinformationen	3
RNV_Datenschutzinformation	3
1. Einleitung	3
2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?	3
3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?	3
4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlag .	4
5. Wer bekommt Ihre Daten?	5
6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?	5
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	6
8. Welche Rechte haben Sie?	6
9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	7
10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?	8
Leistungsbeschreibung	9
104-25-E11_Verfahrensbrief	24
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	35
104-25-E11_BVB Liefer- und Dienstleistungen	35
104-25-E11_Vertragsgrundlagen	38
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	39
AnschiebenPDF Rechnung	39
Anforderungen PDF-Rechnung	40
EVB-IT Kauf-AGB	42
Leistungsbeschreibung	49
Auszufüllende Formulare	64
104-25-E11_Angebotsschreiben	64
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	66
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	73
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe	74
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmern	79
Russland-Sanktionen	81
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	81
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	83
I. EU-Sanktionen gegen Russland	83
II. Verbot der Auftragsvergabe	83
III. Fortführung bestehender Verträge	84
IV. Ausnahmen	84
V. Zuwendungsbau	85

VI. Inkrafttreten.....	85
LTMG - Baden-Württemberg.....	86
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	86
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	95
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	97
Besondere Vertragsbedingungen.....	99
Produkte/Leistungen	103
Eignungskriterien.....	108
Leistungskriterien	115
Anlagen	116

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	104-25-E11
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage
Auftragsbeschreibung	Gegenstand der zu vergebene Leistung sind die Beschaffung von Sensoren für die Fahrgastzählanlage.

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein						
Art der losweisen Vergabe							
Höchstzahl der Lose pro Angebot							
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis						
	Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.						
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>30237475-9</td><td>Elektrische Sensoren</td></tr><tr><td>34000000-7</td><td>Transportmittel und Erzeugnisse für Verkehrszwecke</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	30237475-9	Elektrische Sensoren	34000000-7	Transportmittel und Erzeugnisse für Verkehrszwecke
Code	Bezeichnung						
30237475-9	Elektrische Sensoren						
34000000-7	Transportmittel und Erzeugnisse für Verkehrszwecke						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	22.04.2026

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	29.05.2026 09:00:00
Frist Bieterfragen	15.05.2026 09:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	04.09.2026
Versand Vorabinformation	17.08.2026

AUFTRAGSDAUER

Beginn	15.09.2026
Ende	31.08.2030
Anmerkungen	Teststellung wird bei Bedarf durchgeführt. Angedachter Zeitraum: unmittelbar nach Angebotsöffnung; Ende Juni 2026 - Ende Juli 2026 Verlängerungsoption: 01.09.2030 – 31.08.2032

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 15.05.2026 09:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur/ zum **303-24-E14 - Rahmenvertrag Ingenieurleistungen Signaltechnik** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Herr Mentges
Marienburgstraße 27
64297 Darmstadt
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de oder datenschutz@rnv-online.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

Vergabeverfahren

Funktionale Leistungsbeschreibung

**Rahmenvertrag über die Beschaffung von Sensoren für
die Fahrgastzählanlage**

104-25-E11

1. Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines, Angebotsgrundlagen	3
1.1	Angebotsgrundlagen.....	3
1.2	Beweissicherung	3
1.3	Sicherheits- und Gesundheitsschutz	3
1.4	Technische Anforderungen und Leistungsumfang.....	3
1.5	Informationen zum Fahrzeug.....	5
1.6	Anforderungen an die Sensorik	5
1.7	Schulung.....	9
1.8	Teststellung.....	10
1.9	Datenfluss	10
1.10	Allgemeiner Hinweis.....	11
1.11	Gewährleistung.....	12
1.12	Qualitätssicherung und Materialprüfungen	13
1.13	Örtlichkeit	13
1.14	Wartung (Option).....	13
2.	Termine und Vertragsinhalt	14
2.1	Vertragstermine und Teststellung	14
2.2	Preisbildung	14
2.3	Abrechnung	15
3.	Glossar	15
4.	Anlagen.....	15

1. Allgemeines, Angebotsgrundlagen

1.1 Angebotsgrundlagen

Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH (rnv), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.
Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber (AG) verbindliches Angebot, kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben. Fehlauslegungen der Anfrageunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Anbieters.
Der AG behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Anbieters sind ausgeschlossen.

1.2 Beweissicherung

Vor Beginn der Liefer- und Montageleistungen ist gemeinsam durch den Auftragnehmer (AN) und den AG ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.

Die Beweissicherung besteht aus digitalen Fotos, welche den Zustand vor Baubeginn festhalten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.

1.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutz

Die Koordination und Einweisung der auf dem Betriebshof befindlichen Dienstleiter und/ oder betrieblichen Tätigkeiten wird durch den Projektleiter der rnv in Abstimmung mit dem verantwortlichen Bauleiter des AN abgestimmt.

1.4 Technische Anforderungen und Leistungsumfang

Der AG stellt dem AN für die Durchführung der Leistung nachfolgende Unterlagen zur Verfügung.

ID	A/I/O	Thema
1000	I	Allgemeines:
1001	I	Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH (AG), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim. Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber (AG) verbindliches Angebot, kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben. Fehlauslegungen der Anfrageunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Anbieters. Der AG behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Anbieters sind ausgeschlossen.
1002	A	Auftragsgegenstand ist die Beschaffung und Einbau der fahrzeugseitigen Hardware eines automatischen Fahrgastzählsystems.
1003	O	Optional wird die Wartung der angebotenen Hardwarekomponenten für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Abnahme angeboten. Die Abrechnung erfolgt nach Inanspruchnahme bzw. Beauftragung durch den AG.

1004	A	Der Auftrag wird als Rahmenvertrag über 6 Jahre und 310 Sensoren (siehe Tabelle), sowie einer Option auf Verlängerung um 2 Jahre angeboten.				
		Typ	Jahr	Σ Fahrzeuge	Türen/ Fzg.	Σ Türen
		Kleinbus	2026	5	2	10
		Solobus	2026 - 2030	90	2	180
		Gelenkbus	2026	40	3	120
1005	A	Der AG verpflichtet sich zu einer Mindestabnahme der vereinbarten AFZS-Ausrüstung für 120 Türen über 6 Jahre.				
1006	A	Der Auftrag umfasst alle technischen Komponenten, die zur Durchführung der Fahrgastzählung sowie zur Speicherung und Übertragung der Daten benötigt werden, einschließlich Verkabelung und Befestigung.				
1007	A	<p>Folgende Leistungen werden vom Bieter gefordert: Lieferung, Installation, Anschluss, Inbetriebnahme, Abnahme sowie optional Wartung. In der Lieferung sind AFZS-Sensoren einschließlich dazugehöriger Hardwarekomponenten wie Halterungen, eventuell Verkleidungen, Verkabelungen enthalten.</p> <p>Zudem beinhaltet eine Installation die Übermittlung der Zählzeiten an das Zielsystem und die dafür erforderlichen Komponenten.</p>				
1008	A	<p>Zur Dokumentation der verbauten Komponenten sowie der Inbetriebnahme wird vom AN ein Abnahmeprotokoll erstellt und innerhalb von 7 Tagen an die AG übermittelt.</p> <p>Information: Damit können die Stammdaten im Hintergrundsystem hinterlegt und das Fahrzeug in den regulären Datenfluss integriert werden.</p>				
1009	A	Die Abnahme der AFZS-Sensoren erfolgt durch den Anschluss an den bestehenden rnv-Datenfluss mittels Datenübertragung im Format ITxPT und dem Nachweis der geleisteten Zählgenauigkeit >=99% (VDV457-2).				
1010	A	Die Übertragung der ermittelten Daten erfolgt unmittelbar nach Abschluss der Erfassung, welche mit der Türschließung bzw. der Löschung der Türfreigabe erfolgt.				
1011	A	Der AN muss gestatten, dass bei der zukünftigen Beschaffung von Neu- oder Gebrauchtfahrzeugen bereits herstellerseitig ab Werk bzw. als Übernahme vom vorherigen Eigner eine Ausstattung mit AFZS erfolgt ist und daher nicht für jedes neu in den Fuhrpark des AN übernommene Fahrzeug ein Abruf aus diesem Vertrag erfolgen wird.				
1012	A	Bei Abruf muss der AN im Stande sein, die vertragsmäßige Beschaffungsleistung innerhalb von drei Monaten vollständig zu erbringen. Der AN muss ferner bis zu 15 Fahrzeuge innerhalb eines Monats ausstatten und in Betrieb nehmen können.				
1013	I	In den Fahrzeugen des AG werden mit der Neubeschaffung von Fahrzeugen Zählsensoren im Türbereich eingebaut und in den vorhandenen Datenfluss integriert. Dadurch sind aktuell rund 80% der Fahrzeugflotte in der Lage Fahrgastzahlen zu ermitteln und diese an das Hintergrundsystem zu übertragen.				
1014	A	<p>Vor Beginn der Liefer- und Montageleistungen ist gemeinsam durch den Auftragnehmer (AN) und den AG ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.</p> <p>Die Beweissicherung besteht aus digitalen Fotos, welche den Zustand vor Baubeginn festhalten.</p> <p>Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.</p>				
1015	A	Die Koordination und Einweisung der auf dem Betriebshof befindlichen Dienstleister und/ oder betrieblichen Tätigkeiten wird durch den Projektleiter des AG in Abstimmung mit dem verantwortlichen Bauleiter des AN abgestimmt.				

1016	A	Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebots Kenntnis von der Örtlichkeit zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.
1017	A	Die Ansprechpartner des AN und seine Vertreter sind mit Abgabe eines Angebotes sofort unaufgefordert schriftlich zu benennen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG mitzuteilen.
1018	A	Die Leistungen werden vom Auftragnehmer grundsätzlich mit eigenem Personal ausgeführt. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Subunternehmer mit Teilleistungen zu beauftragen, sind diese dem AG schriftlich zu benennen.
1019	A	Alle eingesetzten Produkte bedürfen einer CE-Kennzeichnung.
1020	I	Mit dem AFZS verfolgt der AG die Ziele: <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Einnahmen im VRN, • Bemessung der benötigten Fahrzeugkapazitäten im aktuellen Angebot, • mittel und langfristige Angebotsplanung, • Nachweis der Wirksamkeit angebotsverbessernder Maßnahmen, • Ermittlung von Unternehmenskennzahlen für das interne und externe Reporting, • Echtzeit-Auslastungsprognose.

1.5 Informationen zum Fahrzeug

2000		Fahrzeuge:
2001	I	Bei den auszustattenden Fahrzeugen handelt es sich um neuwertige sowie optional auch gebrauchte niederflurige (bzw. Low-Entry) Midi-, Standard- und Gelenklinienbusse mit ein, zwei oder drei Türen pro Fahrzeug unterschiedlicher Hersteller und Baureihen.
2002	I	Folgender Türtyp ist im Einsatz: <ul style="list-style-type: none"> • Innenschwenktür zweiflüglig Niederflur

1.6 Anforderungen an die Sensorik

3000		Sensorik:
3001	A	Der AN hat bei der Auswahl der Zähltechnologie sicherzustellen, dass die Zählung an jeder Tür des Fahrzeuges erfolgt.
3002	A	Der Sensor ist für jeden bei der AG eingesetzten Türtypen geeignet (und wurde bereits entsprechen zertifiziert? > Nachweis).
3003	A	Die Zähltechnologie des AN muss in der Lage sein, auch an bisher noch nicht im Fuhrpark des AN vertretenen bzw. überhaupt am Markt verfügbare Türtypen angepasst zu werden.
3004	A	Der Sensor muss für Automobile ausgelegt sein und die Vorschriften für Automobilanwendungen (Bus) erfüllen.
3005	A	Der Sensor muss in der Lage sein, die generierten Zählzeiten in Echtzeit zu übertragen, um den aktuellen Besetzgrad darstellen zu können.
3006	A	Für die Übermittlung der Zählzeiten in Echtzeit erfolgt der Anschluss jedes Sensors an den im Fahrzeug verbauten integralen Datenrouter der Firma onway. Der Anschluss an den Switch des Routers erfolgt mittels M12-Steckverbindung für eine Ethernet-Verbindung.

3007	I	Der AG verwendet auf seinen Fahrzeugen im Einflussbereich des integralen Datenrouters universelle M12 Steckverbindungen. Diese sind mit Gewinde, um Verbindungen u.a. gegen Vibration zu sichern.
3008	A	Ethernet max. 100 Mbit/s.
3009	I	Mit dem im Türbereich bereitgestellten Anschluss: M12-Stecker, D-kodiert wird die Datenübertragung sichergestellt.
3008	I	Im Fahrzeug steht 24V aus der On-Board-Spannungsversorgung - für den Anschluss der Zähltechnik - zur Verfügung.
3010	I	Mit dem im Türbereich bereitgestellten Anschluss: M12-Stecker, A-kodiert wird die Spannungsversorgung sichergestellt.
3011	A	Mit dem Anschluss der im Türbereich bereitgestellten I/O-Steckverbindung (M12-Buchse, B-kodiert oder vergleichbar) wird der Türkontakt übermittelt.
3012	A	Der Einbau der Sensorik erfolgt über der Tür.
3013	A	Der Einbau der Sensorik muss die maximale Türabmessung Höhe 2.000 mm und Türbreite 1.350 mm abdecken.
3014	A	Die Sensoren sind in einer öffentlich zugänglichen Umgebung eingesetzt. Der Sensor muss Beschädigungen erkennen und Schäden an der Oberfläche, die für die Funktion kritisch sind, melden (Sabotage-Erkennung).
3015	A	Konfiguration, Aktualisierung und Kommunikation des Sensors und seiner Software sind durch Cyber-Security-Maßnahmen geschützt. Sie müssen die folgenden Kriterien erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> • Verwaltung der Benutzerauthentifizierung, • rollenbasierte Zugriffsverwaltung, • Zertifikatsverwaltung und • sicheres Update-Verfahren.
3016	A	Die eingesetzte Sensorik ist verschiedenen Bedingungen bzgl. Witterung und Lichtverhältnissen ausgesetzt. Diese Bedingungen dürfen die Zählgenauigkeit eines Sensors nicht beeinträchtigen.
3017	A	Folgende Verhältnisse treten im Gebiet des AG auf und beeinflussen das Geschehen beim Öffnen und Schließen der Fahrzeurtüren und den dahinterliegenden Innenraum: <ul style="list-style-type: none"> • Temperaturen von - 15°C bis + 45°C, • Temperaturwechsel > 10°C innerhalb einer Stunde (Wetterumschwung, z. B. "Blitzeis"), • starke Helligkeit durch Sonneneinstrahlung oder künstliches Licht, • nächtliche Dunkelheit, • starke Dunkelheit durch Ausfall von künstlichem Licht, • Veränderung der Lichtverhältnisse von hell zu dunkel bzw. dunkel zu hell (z. B. Haltestelle im Eingangsbereich eines Tunnels, unter Brücken, usw.), • Feuchtigkeit durch verschiedene Niederschläge, sowie • hohe Luftfeuchtigkeit.
3018	A	Die Verhältnisse (siehe 3016) können auch in kombinierter Form auftreten, eine Beeinträchtigung der Zählgenauigkeit ist auszuschließen.
3019	A	Die Zähltechnik muss folgenden Bedingungen entsprechen: <ul style="list-style-type: none"> • Gehäuse der Schutzklasse IP65 gemäß IEC 60529:1989+A1:1999+A2:2013, • Lagerung -40°C bis +85°C, • relative Feuchtigkeit max. 95%, sowie • IK Schutzklasse IK06 gemäß EN 50102:1995

3020	I	Auf Grund des geringen Gewichts und einer hohen Robustheit, setzt der AG im Bereich Sensortechnik folgende Materialien ein: Aluminium-Druckguss/ Aluminium und Edelstahl. Beim Einsatz anderer Materialien ist eine Erläuterung beizufügen.
3021	A	Die Regelung UN/ECE-R 118 (UN Regelung Nr. 118 der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa – Einheitliche technische Vorschriften über das Brennverhalten und/oder die Eigenschaft von beim Bau von Kraftfahrzeugen bestimmter Klassen verwendeten Materialien, Kraftstoff oder Schmiermittel abzuweisen) ist zu erfüllen.
3022	A	Die Regelung UN/ECE R 10 (UN Regelung Nr. 10 der Wirtschaftlichen Kommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) – Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (EMV)) ist zu erfüllen.
3023	A	Die Sensoren sind in den Außentürbereichen der Fahrzeuge plangleich (ohne Aufsatz) zu verbauen. Der Einbau der Sensoren hat unter der Vorgabe der optimalen Ausrichtung vibrationsicher für den dauerhaften Bordbetrieb zu erfolgen. Bei Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Außentüren durch geschultes Werkstattpersonal, darf die Sensorik nicht beeinträchtigt werden.
3024	A	Eine erforderliche Justierung oder Kalibrierung der Sensoren, z.B. nach Werkstatttätigkeit im Türbereich, muss ohne großen Aufwand durch den AG möglich sein.
3025	A	Die Feinjustierung der Sensoren muss über eine Software per Laptop möglich sein. Die Software muss sich unter gängigen IT-Anforderungen bei dem AG installieren lassen, der Laptop muss auch den IT-Anforderungen des AG entsprechen (siehe Anlage Kapitel IT-Anforderungen).
3026	A	Die Installation der Sensoren muss durch geschultes Personal des AG ohne fremde Hilfe in einer AG-eigenen Werkstatt möglich sein. Ein- und Ausbau muss von eingewiesenem Werkstattpersonal der AG ohne fremde Hilfe vorgenommen werden können. Das Wartungspersonal muss nach Inbetriebnahme die gesamte eingesetzte Software nutzen können.
3027	A	Die installierte Zählsensorik ist an den integralen Datenrouter anzubinden und in Betrieb zu nehmen. Abstimmungen mit dem Hersteller des integralen Datenrouters trifft der Bieter bilateral und einvernehmlich. Der AG ist über den Vorgang rechtzeitig davor in Kenntnis zu setzen. Zusatzaufwand für AG ist damit nicht verbunden.
3028	A	Die Echtzeit-Übertragung der turscharfen Daten erfolgt mit Ethernet im Format ITxPT an einen MQTT des AG. Der AN ist für den richtigen und vollständigen Datenfluss verantwortlich.
3029	A	Für Vergleichszählungen sind Videostreams zu verwenden. In diesem Stream müssen die einzelnen Ein- und Aussteigevorgänge erkennbar sein, jedoch dürfen keine Personen identifizierbar sein. Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 (1) des Grundgesetzes (GG) ist zu wahren. Daraus abgeleitete Bestimmungen sind einzuhalten. Dies gilt mindestens für die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) von Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 in der zum Zeitpunkt der Vertragsschließung gültigen Fassung.
3030	A	Eine Identifizierung von Fahrgästen (Gesichtserkennung) ist weder im Rahmen der Fahrgastzählung noch bei der parallelen Erfassung per Videostream möglich.
3031	A	Das Starten und Beenden der Aufzeichnung dieser Videostreams muss über eine Software ferngesteuert werden. Das System muss in der Lage sein, via LAN mit einem zentral im Fahrzeug verbauten integralen Datenrouter zu kommunizieren und diesen Weg auch für Kommunikation mit möglichen Backend-Server-Systemen zu nutzen. Über

		diese Kommunikation muss sich der Video-Stream pro Tür aktivieren lassen. Die IT-Anforderungen der AG sind zu beachten.
3032	A	Videostreams und das Speichern der Daten erfolgen automatisch und manipulationsfrei. Einwirkungsmöglichkeiten von außen auf die Zählgenauigkeit sind mit dem Angebot in Form eines Schaubilds und als Text auf maximal drei Seiten aufzuzeigen.
3033	A	Der Einbau und der Anschluss des Speichermediums haben so zu erfolgen, dass dieses für das Wartungspersonal leicht zugänglich ist: Vorbauten und verwinkelte Anordnungen sind zu vermeiden, andere Systeme werden nicht berührt.
3034	A	Die Speicherung der Daten muss mit handelsüblichen Wechselspeichermedien möglich sein. Weitere Medien für einen möglichen Austausch sind bereit zu halten. Die Übertragung des Videostreams erfolgt per Datenträger über ein von AG zugelassenes Datenformat (siehe IT-Anforderungen).
3035	A	Ein externer Zugriff auf das Speichermedium (außer Wechselmedien) z.B. via Universal Serial Bus (USB) - Schnittstelle, RJ45-Schnittstelle und/oder M12-Schnittstelle ist zu gewährleisten. Die von AG zugelassenen Datenformate sind zu beachten (siehe IT-Anforderungen).
3036	A	Der AN hat eine geeignete Hard- und Software zum Betrachten der Streamingdaten vorzusehen. Die IT-Anforderungen des AG sind zu beachten.
3037	A	Die Zähltechnik wird nur aktiviert, wenn das Fahrzeug hält und die Türen geöffnet werden (Ein- und Aussteigevorgang). Die Zählung funktioniert auch dann, wenn nur ein Türflügel geöffnet ist.
3038	A	Die Signale „Tür öffnen“ (= Beginn der Zählung) und „Tür schließen“ (= Ende der Zählung) sind dem integralen Datenrouter direkt zuzuleiten und werden getrennt pro Tür benötigt. Eine oder mehrere Wiederholungsöffnungen an einem Ortspunkt müssen möglich sein (z. B. im Winterbetrieb). Die Aktivierung der Zählung erfolgt auch, wenn nicht alle Türen im Wagen geöffnet werden. Die Aktivierung der Zählsensoren darf nur für die offenen Türen erfolgen.
3039	A	Der Sensor/ die Türkomponente muss das Öffnen einer Tür bzw. das Schließen einer Tür auch bei optischer Erkennung der Türöffnung bzw. ohne Nutzung des Türkontakts/-signals verzögerungsfrei feststellen. Damit muss sichergestellt werden, dass bei geschlossener Tür keine Fahrgastwechsel erkannt bzw. keine Ein- und Aussteiger gezählt werden.
3040	A	Jede ein-/ aussteigende Person ist richtungsdetektiert zu erfassen.
3041	A	Eine Unterscheidung nach mindestens 2 Größenklassen, z.B. standardmäßig maximal 1,20 Meter und größer als 1,20 Meter ist möglich. Die Werte sind parametrierbar.
3042	A	Wenn die Zündung ausgeschaltet wird, soll die Fahrgastzählung noch eine definierte Zeit weiterzählen. Dazu wird das Zündungs-Signal vom Wagenbus-Sternpunkt PIN 2 (Entwerter-Nachlauf) abgenommen (und zusätzlich ein Nachlauf-Relais gesetzt). Der Nachlauf nach Ausschalten der Zündung ist zu parametrieren und durch den AN einzustellen. Es ist für AG ein Default-Wert von 20 Minuten vorzusehen.
3043	A	Mit der Übertragung der Daten je Tür wird zusätzlich der Fehlerstatus des Sensors übermittelt.
3044	A	Folgende Fehlermeldungen müssen je Sensor ausgegeben werden können: <ul style="list-style-type: none"> • SABOTAGE • POWER FAILURE • OVERTEMPERATURE
3045	A	Zusätzlich zu ein-/ aussteigenden Personen ist die Zählung mindestens der Objekttypen Fahrrad, Kinderwagen und Rollstuhl möglich. Es wird zahlenmäßig zwischen Personen und Objekten unterschieden. Eine weitere Differenzierung nach Objekttyp ist nicht erforderlich.

3046	A	Für die Erfassung von Objekten wird eine Zählgenauigkeit von mindestens 80% vorausgesetzt, gemessen als Abweichung der automatisch bestimmten Menge der Objekttypen.
3047	A	Die Erfassung von Höhen- und Forminformationen erfolgt unabhängig von Objektfarbe und Umgebung.
3048	A	Die Funktionsfähigkeit und Zählgenauigkeit ist unabhängig von magnetischen und elektrischen Feldern.
3049	A	Die Zuverlässigkeit des Systems ist mit Hilfe des Mean Time Between Failures-Wert anzugeben. Diese muss mindestens 110.000 Stunden betragen.
3050	A	Das gesamte System mit sämtlichen Komponenten hält alle für die gegenständliche Beschaffungsmaßnahme relevanten Gesetze, Regelwerke, Normen und Vorschriften ein, insbesondere das Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StZVO), Regelung Nr. 107 der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) — Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Fahrzeugen der Klassen M2 und M3 hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale, die Verordnung über Bau und Betrieb von Straßenbahn (BOStrab), Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO), die Schriften und Empfehlungen des Verbandes Öffentlicher Verkehrsunternehmen (VÖV) und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV): VÖV-/ VDV-Schriften 400 „Planungsgrundlage für stationäre nachrichtentechnische Anlagen im Verkehrsunternehmen“, Schnittstelle zur Fahrzeugintegration VDV 300 und 301 sowie die Anforderungen an ein Automatisches Fahrgastzählssystem gemäß VDV 457 Version 2.3. ein ; falls der AN Videobasierte Zähltechnik anbietet, müssen die besonderen Anforderungen nach (Kapitel 15.2.2.3) erfüllt werden.
3051	A	Die Software - welche auf den Komponenten des AFZS verfügbar ist - muss den Anforderungskatalog "Automatische Fahrgastzählung" des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 09.02.2023 entsprechend und eine unmittelbare Zertifizierung - nach abgeschlossener Inbetriebnahme - ohne weitere Anpassungen ermöglichen.
3052	A	Eine Anpassung der im Bereich AFZS eingesetzten Software erfolgt nach Absprache mit dem AG. Änderungen in der Software sind nur dann möglich, wenn die zertifizierten Komponenten davon unberührt bleiben.
3053	A	Bei der im Fahrzeug verbauten Technik - Sensor usw. - handelt es sich um bereits am Markt eingesetzte Produkte und keine Prototypen.

1.7 Schulung

4000		Schulung:
4001	A	Im Rahmen der Inbetriebnahme werden 5 Mitarbeiter der AG auf Installation und Konfiguration der Sensoren auf dem Fahrzeug geschult.
4002	A	Während der Projektlaufzeit besteht die Möglichkeit, jährlich einen Mitarbeiter des AG nachzuschulen bzw. die bestehende Schulung zu aktualisieren.
4003	A	Die Preissätze je Schulung und MA sind zu benennen.
4004	A	Informationen zur Dauer und der Struktur einer Schulung sind zu beschreiben.
4005	A	Eine Schulung vor Ort wird angeboten. Die dafür erforderlichen Bedingungen sind zu benennen.

1.8 Teststellung

5000		Teststellung:
5001	I	Im Rahmen der Ausschreibung erfolgt eine Teststellung, in dem Bieter die Funktionalität der Zähltechnik unter Beweis stellt.
5002	A	Die Teststellung erfolgt in einem Zeitraum von 3 Tagen. Innerhalb dieses Zeitraums stehen 2 Tage für die Bereitstellung durch den AG und 1 Tag für den Test zur Verfügung.
5003	I	Für die Durchführung der Teststellung stellt der AG für alle AN eine Örtlichkeit unter Laborbedingung zur Verfügung, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten.
5004	I	Die Fahrzeuge des AG haben in den Gelenk- sowie Standardlinienbussen einen einheitlichen Türtyp verbaut. Dieser wird für die Teststellung bereitgestellt.
5005	I	Für die Teststellung wird es ein einheitliches Drehbuch (Testfälle) geben, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

1.9 Datenfluss

6000		Datenfluss
6001	A	Die Daten werden vom Sensor im Nachrichtenformat ITxPT an das Netzwerk der AG übermittelt.
6002	A	MQTT-Nachrichten werden über den AG eigenen MQTT-Broker übermittelt.
6003	A	Die Nachrichten folgen der ITxPT-Definition und werden mittels Protocol Buffer serialisiert (siehe Anhang).
6004	A	Es gibt drei Nachrichtentypen mit entsprechenden MQTT-Topics: <ul style="list-style-type: none"> Automatic Passenger Counting APC: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/apc/protobuf/pdc GNSS Location: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/avl/protobuf/gnss Sensorevents: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/event/protobuf/sensor
6005	A	Die interne Nummer des Fahrzeugs (RBL-Nummer) wird als Fahrzeugidentifikationsnummer von der AG vorgegeben.
6006	A	Die PDC-Daten (PassengerDoorCount) werden für jede Tür übermittelt, entweder nachdem alle Türen geschlossen worden sind oder nach einer definierten Zeit, nachdem eine der Türen geschlossen worden ist und so in ITxPT verwendet.
6007	A	Die PDC-Daten für die jeweilige Tür können zweimal oder mehrmals in der gleichen Haltestelle erzeugt werden, wenn die Tür mehr als einmal geöffnet und geschlossen wird (jede Öffnungs- Schließ-Sequenz verteilt die während der Sequenz gezählten Fahrgastanzahlen).
6008	A	Wenn die PDC-Daten zum Infrastrukturserver wegen eines Kommunikationsfehlers nicht verteilt werden können, werden die Daten gespeichert und zum nächstmöglichen Zeitpunkt verteilt.
6009	A	Die GNSS-Daten werden zum Infrastrukturserver periodisch alle 10 Sekunden weitergeleitet.
6010	A	Vereinfachte Darstellung des Datenflusses:

6011	A	<p>Definitionen: APC: https://wiki.itxpt.org/docs/S02P07-APC_-_v2.2.2, table 4, Extensions: DoorOpenAtTime, 0:1, nonNegativeInteger; DoorCloseAtTime, 0:1, nonNegativeInteger GNSS: https://wiki.itxpt.org/docs/S02P03-GNSSLocation_-_v2.3.0, table 4 SensorEvents: eigene Definition, angelehnt an ITxPT-Format</p>
6012	A	Der AG hat jederzeit Zugriff auf die vom Fahrzeug bzw. den Sensoren gesendeten Daten. Daten und Strukturen werden offengelegt.
6013	A	Nach Ablauf der Gewährleistung erfolgt die Betreuung des Datenflusses vom Fahrzeug bis ins Hintergrundsystem durch den AG. Zu dessen Sicherstellung sind genannte Anforderungen zu beachten.
6014	A	Der AN übergibt, nach Ausstattung eines Testfahrzeuges und dem erfolgreichen Test, das vollständig ausgefüllte IT-Betriebshandbuch an den AG. Der AG stellt eine Vorlage bereit.
6015	A	Der AG hält sich offen, einen alternativen Datenfluss zwischen Fahrzeug und Eingang in den rnv-MQTT im Format ITxPT zu prüfen. Hierbei gelten weiterhin alle genannten Anforderungen an den Sensor und dessen Datenübertragung. In diesem Zusammenhang anfallende Kosten für Beschaffung von Servern usw. wird vom AN getragen, sind im Preisballt näher zu erläutern und wird durch den AG bereitgestellt.

1.10 Allgemeiner Hinweis

7000		Allgemeiner Hinweis:
7001	I	Die Zählgeneauigkeit bei den technischen Zählgeräten definiert sich durch die Nicht-Überschreitung der zulässigen Abweichung der Zählzeiten von technischen Zählgeräten gegenüber Kontrollzählungen. Diese Anforderung wird einerseits durch die Abnahme und andererseits durch die Qualitätssicherung im laufenden Betrieb gewährleistet.
7002	I	Relevant für die Genauigkeit ist grundsätzlich die Abweichung der technisch gezählten Einsteiger von den manuell gezählten Einsteigern und die Abweichung der technisch gezählten Aussteiger von den manuell gezählten Aussteigern.
7003	I	Vom AFZS wird die Generierung erwartungstreuer Schätzwerte mit unteren und oberen Vertrauensgrenzen für statistische Maßzahlen der Merkmale Personen (P) und Personenkilometer (Pkm) erwartet. Die nachfolgend beschriebenen Anforderungen sind in der Einnahmenaufteilungsregelung des VRN vertraglich vorgegeben und durch den Bieter zwingend zu erfüllen.
7004	I	Das Kriterium der "globalen Unverzerrtheit" gibt an, welche Gesamtgenauigkeit das AFZ-System hat. Dabei werden alle Ein- und Aussteiger an allen Haltestellen und an allen Türen berücksichtigt: Die Summe der automatisch und der manuell gezählten Ein- und Aussteiger darf je Türtyp maximal 1 % voneinander abweichen.
7005	I	Das Kriterium "Einzelabweichung" gibt an, welche Genauigkeit das AFZ-System auf Halteebene und auf Türebene hat.

7006	A	Haltereignis Einsteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Einsteigereignisse fehlerhaft sein, wobei ein einzelnes Ereignis (Einsteiger) aller Türen eines Zählfahrzeugs an einem Halt als fehlerhaft gilt, wenn die Abweichung der Einsteiger mehr als 20 % des manuellen Wertes und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7007	A	Haltereignis Aussteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Aussteigereignisse fehlerhaft sein, wobei ein einzelnes Ereignis (Aussteiger) aller Türen eines Zählfahrzeugs an einem Halt als fehlerhaft gilt, wenn die Abweichung der Aussteiger mehr als 20 % des manuellen Wertes und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7008	A	Türereignis Einsteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Haltestellentürereignisse (Einsteiger) fehlerhaft sein. Ein Haltestellentürereignis (Einsteiger an der Tür) gilt als fehlerhaft, wenn dessen Abweichung mehr als 33,3 % und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7009	A	Türereignis Aussteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Haltestellentürereignisse (Aussteiger) fehlerhaft sein. Ein Haltestellentürereignis (Aussteiger an der Tür) gilt als fehlerhaft, wenn dessen Abweichung mehr als 33,3 % und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7010	A	Der Bieter muss entweder beide Kriterien Haltereignis oder beide Kriterien Türereignis erfüllen.
7011	A	Ein statistischer Test zur Unverzerrtheit (Äquivalenztest) zeigt, ob die durch das AFZ-System produzierten Zählerdifferenzen auf Fahrtebene systematisch oder zufällig sind ("systematischer Fehler"). Es wird nach Ein und Aussteigern unterschieden.
7012	A	Die Unverzerrtheit der Zählerdifferenzen bei Einsteigern sowie Aussteigern auf Fahrtebene ist nachgewiesen, wenn das Konfidenzintervall für das Verhältnis automatischer und manueller Zählung bei Einsteigern sowie Aussteigern auf Fahrtebene maximal plus / minus 0,02 beträgt und den Wert „0“ einschließt. Der Bieter muss diese Anforderungen erfüllen.

1.11 Gewährleistung

8000		Gewährleistung:
8001	A	Bei einem auftretenden Defekt an einer Zähleinrichtung muss der AN diesen innerhalb von drei Monaten durch Reparatur oder Austausch der AFZS-Komponenten beheben.
8002	A	Ein Zählsensor gilt als defekt, wenn: <ul style="list-style-type: none"> keine Zählzeiten übermittelt werden die übermittelten Zählzeiten eines Tages alle den Wert 0 Einsteiger und 0 Aussteiger aufweisen die saldierte Zählgenauigkeit (Abweichung der Summe der Einsteiger von der Summe der Aussteiger) über einen Zeitbereich von einem Kalendermonat an mindestens 8 aufeinander folgenden Tagen oder an mindestens 12 einzelnen Tagen des Monats < 95% beträgt der Sensor die Zahl der Ein- und Aussteiger im Tagesverlauf aufsummiert (z. B. an Haltestelle 1 werden 2 Einsteiger gezählt und 2 Einsteiger übermittelt, an Haltestelle 2 werden 5 Einsteiger gezählt und 7 (statt korrekt 5) Einsteiger übermittelt, an Haltestelle 3 werden 3 Einsteiger gezählt und 10 Einsteiger übermittelt, etc.). der Sensor eine Fehlermeldung übermittelt, die sich nicht durch einen Neustart der Fahrzeugtechnik beheben lässt.
8003	A	Bereits in den Fahrzeugen vorhandene technische Ausstattung darf durch den AN mitgenutzt werden. Im Wartungsfall muss der AN zur Problemlösung beitragen, soweit

		seine Komponenten für das Problem (mit-)ursächlich sind oder gemeinsame Schnittstellen zu der mitgenutzten Technik bestehen.
--	--	--

1.12 Qualitätssicherung und Materialprüfungen

Alle eingesetzten Produkte bedürfen einer CE-Kennzeichnung.

1.13 Örtlichkeit

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebots Kenntnis von der Örtlichkeit zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.

1.14 Wartung (Option)

11000		Wartung:
11001	I	Die Wartung beginnt nach Ablauf der Gewährleistung.
11002	A	<p>Die Wartung beinhaltet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Wartung, Reparatur sowie Austausch aller defekten, sowie fehlerhaften Komponenten an der gesamten installierten Zähltechnik. • Die Fehleranalyse und Behebung aller Auffälligkeiten, die in einen direkten Bezug zum Sensor stehen. • Die Organisation eines Techniker-Einsatzes bei der rnv erfolgt auf Basis der von der rnv gemeldeten Fahrzeugen und in Abstimmung mit dem AN. • Den Einsatz eines Technikers an allen Standorten der rnv GmbH und ihrer Subunternehmer. • Bei einem Einsatz ist es möglich mindestens 5 Fahrzeuge an einem Tage zu bearbeiten. Diese werden von der rnv bereitgestellt. • Den wochenweisen Einsatz eines Technikers vor Ort. • Es werden 0,75% für einen Anreise- sowie Abreisetag eingeplant. • Folgendes wird von der rnv bereitgestellt: Schlüssel fürs Fahrzeug. • Die Einsatzzeit vor Ort erfolgt in Abhängigkeit der Fahrzeugbereitstellung. • Bei Bedarf die Abstimmung mit angrenzenden Komponenten und deren Hersteller zur Fehleranalyse (z.B. integraler Datenrouter). • Der Einsatz eines Technikers vor Ort bedarf einer Vorlaufzeit von mindestens 1 Woche. Die rnv benennt die auffälligen Fahrzeuge 10 Tage vor dem eigentlichen Einsatz. Der AN prüft diese bis 7 Tage vorher gegen. Die Fahrzeuge werden koordiniert und die Einsatzliste 3 Tage vor dem eigentlichen Einsatz von der rnv bereitgestellt. Da der Einsatz der Fahrzeuge betrieblich die oberste Priorität hat, behält sich der AG kurzfristige Anpassungen in Abhängigkeit der Verfügbarkeit (Werkstatt, Unfall usw.) des jeweiligen Fahrzeuges vor. • Der AG erhält die Kontaktdaten des Technikers, um diesen bei seinem Einsatz ggf. unterstützen zu können.
11003	A	Auffälligkeiten an Fahrzeugen: siehe 8002
11004	A	Die Wartung beinhaltet mindestens einen Einsatz vor Ort im Quartal.
11005	A	Die Wartung wird für 2 Jahre und der Möglichkeit einer jährlichen Verlängerung im Preisblatt angeboten.

2. Termine und Vertragsinhalt

2.1 Vertragstermine und Teststellung

Für die Maßnahmen geht der Auftraggeber aktuell, von einem festen Zeitplan aus:

Beginn Einbau der abgerufenen Sensoren: nach Zuschlagserteilung nach Abstimmung mit den AG

Gesamtvertragslaufzeit: siehe Vertragsbedingungen oder Verfahrensvermerke

Vertragsverlängerungen optional gem. Vertragsbedingungen oder Verfahrensvermerke

Technische Leistungsfähigkeit - Teststellung

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auch ohne vorherige Teststellung zu erteilen. Sollten anhand der eingereichten Datenblätter Unklarheiten bestehen, wird die technische Machbarkeit vor Zuschlagserteilung durch eine Teststellung am Standort des Auftraggebers geprüft.

Hierzu hat der Bieter die Sensorik probeweise an verschiedenen Fahrzeugen einzubauen.

Dies erfolgt gegebenenfalls nach Angebotsabgabe und auf Anforderung des Auftraggebers.

Zeitraum: unmittelbar nach Angebotsöffnung; Ende Juni 2026 - Ende Juli 2026

2.2 Preisbildung

Durch den Bieter ist ein Pauschalpreis für alle beschriebenen Leistungen anzugeben (s. Preisblatt):

Preis pro Sensor incl. Material je Tür

Montagekosten je Tür

Reisekosten pro Tag

Schulungskosten Tagespauschale, vor Ort

Schulungskosten Tagespauschale, online

zusätzlicher Bedarf an Hardware

- Kosten seitens des AG

Service category	Service type	Description	Estimated monthly cost	Jährliche Kosten
Koste	Virtual Machines	1 D8 v5 (8 vCPUs, 32 GB RAM) x 730 Stunden (Pay as you go), Windows (Enthaltene Lizenz), OS Only; 0 managed disks – E1; Inter Region transfer type, 5 GB outbound data transfer from Europa, Westen to Ostasien	€513,67	
Verwaltung und Governance	Azure Backup	Azure-VMs, Standard Sicherheitsrichtlinie, 1 Instanz(en) x 128 GB, LRS-Redundanz, Niedrig durchschnittliche tägliche Abwanderung, 166 GB durchschnittliche monatliche Sicherungsdaten auf Standardebene, 0 GB durchschnittliche monatliche Sicherungsdaten auf Archivebene	€11,82	

Support und Wartung	€20,00	
Total	€545,50	€6546,00

Kosten Teststellung

Kosten Wartung pro Jahr (optional)

- Wartung je Tür
- Material je Tür
- Reisekosten pro Tag

2.3 Abrechnung

Gemäß Vertragsunterlagen.

3. Glossar

9000	I	Glossar
9001	I	AFZS – automatisches Fahrgastzählsystem
9002	I	AG – Auftraggeber
9003	I	AN – Auftragnehmer
9004	I	APC – Automatic Passenger Counting
9005	I	GNSS – Global Navigation Satellite System
9006	I	I/O – Input/Output
9007	I	ITxPT – Information Technology for Public Transport
9008	I	MQTT – Message Queuing Telemetry Transport
9009	I	P – beförderte Personen
9010	I	PDC – PassengerDoorCount
9011	I	Pkm – Personenkilometer
9012	I	VDV – Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
9013	I	RBL-Nummer = VehicleID = Fahrzeugnummer
9014	I	VRN – Verkehrsverbund Rhein-Neckar

4. Anlagen

10000		Anlage
10001	I	IT-Anforderungen

Verfahrensbrief

**Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die
Fahrgastzählanlage
104-25-E11**

Inhaltsverzeichnis

1	Übersicht.....	3
1.1	Ziel Verfahrensbrief.....	3
1.2	Verfahrensablauf	3
1.3	Zeitplan.....	3
1.4	Anwendbares Recht.....	3
2	Verfahrensbedingungen	4
2.1	Kommunikation im Vergabeverfahren	4
2.2	Vertraulichkeit.....	4
2.2.1	Verwendung der Vergabeunterlagen	4
2.2.2	Verschwiegenheit.....	4
2.3	Angebote	4
2.3.1	Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist	4
2.3.2	Form und Frist Einreichung Angebote	5
2.3.3	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung.....	5
2.3.4	Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)	5
2.3.5	Unterauftragnehmer/Eignungsleihe	5
2.3.6	Anfordern zusätzlicher Unterlagen.....	6
2.3.7	Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen	6
2.3.8	Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit	7
2.3.9	Inhalt der Angebote	7
2.3.10	Eröffnungstermin der Angebote	7
2.3.11	Nebenangebote.....	7
2.3.12	Prüfung und Wertung der Angebote	7
2.3.13	Zuschlag.....	8
2.3.14	Kosten für die Teilnahme am Verfahren	8
3	Rügepflicht und Nachprüfung	8
3.1	Zulässigkeit Nachprüfungsantrag.....	8
3.2	Vergabekammer	8
3.3	Rechtsgrundlagen.....	8
3.4	Weiterleitung von Vergabeunterlagen	10

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung [Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage] beschreiben.

1.2 Verfahrensablauf

- ☒ Offenes Verfahren
- ☐ Nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ Öffentliche Ausschreibung

1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
15.05.2026 – 09.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
26.05.2026 – 09.00 Uhr	Angebotsfrist
10.08.2026	Voraussichtliche Zuschlagserteilung
27.08.2026	Zuschlags- und Bindefrist

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ.

Technische Leistungsfähigkeit – Teststellung

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auch ohne vorherige Teststellung zu erteilen. Sollten anhand der eingereichten Datenblätter Unklarheiten bestehen, wird die technische Machbarkeit vor Zuschlagserteilung durch eine Teststellung am Standort des Auftraggebers geprüft.

Hierzu hat der Bieter die Sensorik probeweise an verschiedenen Fahrzeugen einzubauen. Dies erfolgt gegebenenfalls nach Angebotsabgabe und auf Anforderung des Auftraggebers.

Zeitraum: unmittelbar nach Angebotsöffnung; Ende Juni 2026 - Ende Juli 2026

1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1 Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

15.05.2026 – 09.00 Uhr

über die Vergabeplattform (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

26.05.2026 – 09.00 Uhr

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1.). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in

Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (**Formblatt B.IX.1**).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen **Formblatt B.IV.1** ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

2.3.7 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.8 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.9 Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot folgende Unterlagen einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden. Die Formblätter und insbesondere das Angebotsschreiben sind an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

2.3.10 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.11 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.3.12 Prüfung und Wertung der Angebote

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt anhand des nachfolgend dargestellten Wertungssystems:

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.
- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt anhand der von den Bietern zu den nachfolgend genannten Zuschlagskriterien einzureichenden Unterlagen.

Die Wertung erfolgt auf der Grundlage der folgenden Wertungskriterien:

Zuschlagskriterium	Gewichtung in %
Preis	100%

2.3.13 Zuschlag

Die rnv strebt an, das Verhandlungsverfahren durch Zuschlagserteilung in der zu beenden. Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden. Vor Vertragsunterzeichnung können noch letzte Detailverhandlungen für kleinere Korrekturen geführt werden, soweit sie die Wertungsrangfolge nicht beeinflussen.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG einholen, um zu prüfen, ob Eintragungen zu dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vorliegen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 27.08.2026. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegen-über dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die in der Auftragsbekanntmachung genannte Stelle wenden.

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lautereren Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags

oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

Besondere Vertragsbedingungen Liefer- /Dienstleistungen

1. Anlieferungs- oder Annahmestelle

Der Anlieferungs- und Ausführungsort ist der nachfolgend aufgeführten Betriebshof der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH:

Betriebshof Mannheim: Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

2. Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind die Lieferung und ggf. Montage von Sensoren für die Fahrgastzählanlage gemäß der Funktionalen Leistungsbeschreibung zum Vergabeverfahren **104-25-E11**. Die Lieferung erfolgt im Rahmen der Vertragslaufzeit gem. Ziffer 3 auf Abruf. Der Auftraggeber verpflichtet sich auf Basis des geschlossenen Rahmenvertrages zur Abnahme von 120 Sensoren inkl. Montage. Darüber hinaus besteht seitens des Auftraggebers keine Verpflichtung zur Abnahme der ausgeschriebenen Höchstmenge gem. Preisblatt. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn die Höchstmenge erreicht ist.

3. Ausführungsfristen

Für die Ausführung der Lieferungen/Leistungen gelten die nachstehenden Ausführungsfristen und Einzelfristen:

Basisvertragslaufzeit Rahmenvertrag: **15.09.2026 bis 31.08.2030**

Verlängerungsoption: **01.09.2030 – 31.08.2032**

Lieferung und Einbau der Mindestabnahmemenge von **20 Sensoren**; nach Zuschlagserteilung und Abstimmung mit dem AG

4. Vertragsstrafen

Abweichung von § 11 VOL/B wird folgende Vertragsstrafe vereinbart: Wenn der Bieter vereinbarte Termine nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn der Bieter die Verzögerung nicht zu vertreten hat.

Werden Abnahmetermine sowie Inbetriebnahme-Termine aus Gründen, die der Bieter zu vertreten hat, überschritten wird eine Vertragsstrafe von 0,5% pro vollendete Woche bis max. 5% des Auftragswertes fällig.

5. Zahlungen

Die Rechnungsstellung erfolgt durch den Auftragnehmer erst nach erfolgreicher Lieferung und ggf. Abnahme durch den Auftraggeber. Das Zahlungsziel beträgt 30 Tage.

[Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage]
[104-25-E11]**6. Rechnungen**

Rechnungen sind durch den Auftragnehmer unter Beifügung nachprüfbarer Unterlagen bzw. Abnahmeprotokolle unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer als pdf-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

RG_rnv@rnv-online.de

Sollte der Bieter die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken bzw. werden nachprüfbare Unterlagen oder Nachweise nicht eingereicht, ist eine Bearbeitung durch den Auftraggeber nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird der Auftraggeber die Rechnung zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Der Auftraggeber leistet Zahlungen gemäß dem Zahlungsziel bargeldlos auf das vom Auftragnehmer anzugebende Konto. Die Angabe muss zwingend in Form einer IBAN (International-Bank-Account-Number) und BIC (Bank-Identifizierungs-Code) erfolgen.

7. Preisfortschreibung

Die Preise sind für die Basisvertragslaufzeit **15.09.2026 bis 31.08.2030** festgeschrieben. Macht der Auftraggeber von der Vertragsverlängerungsoption Gebrauch so können die Preise einmalig für den Verlängerungszeitraum nach folgender Preisgleitformel angepasst werden:

Die Fortschreibung richtet sich nach den Vorgaben des Preisklausel-Gesetzes. Die Preisfortschreibung erfolgt jeweils von Kalenderjahr zu Kalenderjahr.

Preis Sensor:

$$P_n = P_a \left(\frac{M_n}{M_a} \right)$$

Preis Montage:

$$P_n = P_a \left(\frac{L_n}{L_a} \right)$$

P_n = neuer Preis
 P_a = alter Preis

M_n = Index Materialkosten des Vorjahres
 M_a = Index Materialkosten des Vorvorjahres

L_n = Index Lohnkosten des Vorjahres
 L_a = Index Lohnkosten des Vorvorjahres

Index Materialkosten:

Statistisches Bundesamt: „Statistischer Bericht – Indizes der Erzeugerpreise gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz)“, 61241-01: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte Lfd. Nr. 374, Nr. der GP Systematik: 27 Elektrische Ausrüstung

Index Lohnkosten:

Statistisches Bundesamt: „Fachserie 16 Reihe 2.2 – Indizes der Arbeitnehmerverdienste“,

[Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage]
[104-25-E11]

Tabellenteil 4 - Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Jahren,
Punkt 4.1.1 Indizes, Deutschland, C 27, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen

Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Die Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
2. Die Besonderen Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
3. EVB-IT Kauf-AGB
4. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
5. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
6. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
7. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
8. Die aktuell gültige Fassung des BGB

- (1) Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen. Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.
- (2) Diese Vertragsbedingungen finden nicht nur Anwendung auf die Rahmenvereinbarung, sondern auch auf die gemäß Rahmenvereinbarung erteilten Einzelaufträge, auch wenn in den Einzelbeauftragungen nicht nochmals ausdrücklich auf die Rahmenvereinbarung bzw. diese Vertragsbedingungen Bezug genommen wird.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"/><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

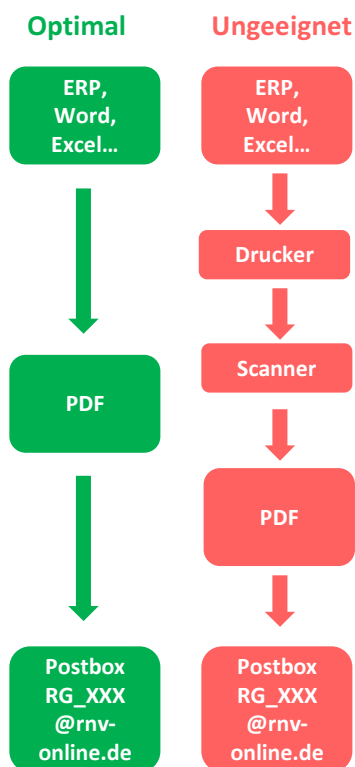
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel
Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard



Rechnung

Rechnungsdatum: 01.10.2020
Rechnungsnummer: RG123456

Rechnungsanschrift:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx

Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...

Bezeichnung	Menge	Preis	Lieferschein	Positionsbetrag

Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020

Zahlungsbedingung: 30 Tage netto	Netto: 1.000,00 EUR MwSt 16 %: 160,00 EUR Gesamt: 1.160,00 EUR
--	---

IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx
BIC: xxxxxxxxxxxx

Ust.ID: DE123456789

**Ergänzende Vertragsbedingungen für den
Kauf von Hardware
– EVB-IT Kauf-AGB –**

Inhaltsangabe

1	Gegenstand des Vertrages	2
2	Art und Umfang der Leistung	2
3	Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer	3
4	Vergütung	3
5	Verzug	3
6	Erfüllungsort, Gefahrübergang, Versand	3
7	Rechte des Auftraggebers bei Mängeln (Gewährleistung)	4
8	Schutzrechte Dritter	4
9	Haftungsbeschränkung	5
10	Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit	5
11	Zurückbehaltungsrechte	6
12	Textform	6
13	Anwendbares Recht	6

**Ergänzende Vertragsbedingungen für den
Kauf von Hardware
– EVB-IT Kauf-AGB –**

1 Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Die nachstehenden Bedingungen gelten für den Kauf von Hardware und deren Lieferung.
- 1.2 Die Aufstellung* der Hardware obliegt dem Auftraggeber soweit nichts anderes vereinbart ist. Ist die Aufstellung* von Hardware oder die Vorinstallation* von Betriebssystemsoftware vereinbart, umfasst die Lieferung auch diese Leistungen.

2 Art und Umfang der Leistung

- 2.1 Der Auftragnehmer verkauft dem Auftraggeber die Hardware zu den Vereinbarungen im Vertrag und verschafft dem Auftraggeber jeweils mit der Lieferung das Eigentum daran.
- 2.2 Der Auftragnehmer übernimmt jeweils gemäß den gesetzlichen Vorgaben ohne gesonderte Vergütung die Entsorgung bzw. das Recycling der Verpackungen und auf Wunsch des Auftraggebers, auch der gelieferten Hardware oder Teilen hiervon nach deren jeweiligem Nutzungsende, soweit nichts anderes vereinbart ist (z.B. Vergütung für die Entsorgung). Die Entsorgung bzw. das Recycling hat jeweils fachgerecht zu erfolgen. Die Entsorgung durch den Auftragnehmer hat so zu erfolgen, dass gespeicherte Daten weder lesbar noch rekonstruierbar sind. Der Auftraggeber ist berechtigt, vor der Abholung zur Entsorgung Teile der Hardware zu entfernen.
- 2.3 Die Dokumentation der Hardware ist in Deutsch und in ausgedruckter oder ausdrückbarer Form zu liefern, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 2.4 Der Auftragnehmer liefert die Hardware frei von Schaden stiftender Software*, z.B. in mitgelieferten Treibern oder der Firmware. Dies ist in geeigneter Form zu einem angemessenen Zeitpunkt vor der Lieferung zu prüfen. Der Auftragnehmer erklärt, dass die Prüfung keinen Hinweis auf Schaden stiftende Software* ergeben hat. Diese Regelung gilt für jede, auch die vorläufige und Vorabüberlassung, z.B. zu Testzwecken.
- Der Auftragnehmer gewährleistet darüber hinaus, dass die von ihm zu liefernde Hardware frei von Funktionen ist, die die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit der Hardware, anderer Hard- und/oder Software oder von Daten gefährden und dadurch den Vertraulichkeits- oder Sicherheitsinteressen des Auftraggebers zuwiderlaufen durch
- Funktionen zum unerwünschten Absetzen/Ausleiten von Daten,
 - Funktionen zur unerwünschten Veränderung/Manipulation von Daten oder der Ablauflogik oder
 - Funktionen zum unerwünschten Einleiten von Daten oder unerwünschte Funktionserweiterungen.
- Unerwünscht ist eine mögliche Aktivität einer Funktion, wenn die Aktivität so weder vom Auftraggeber in seiner Leistungsbeschreibung gefordert, noch vom Auftragnehmer unter konkreter Beschreibung der Aktivität und ihrer Auswirkungen angeboten, noch im Einzelfall vom Auftraggeber ausdrücklich autorisiert („opt-in“) wurde.
- 2.5 Ist die Aufstellung* der Hardware durch den Auftragnehmer vereinbart, erfolgt diese zum Liefertermin, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 2.6 Ist die Vorinstallation* von Betriebssystemsoftware vereinbart, erfolgt die Installation, soweit nichts anderes vereinbart ist, gemäß der jeweiligen Herstellerspezifikation.
- 2.7 Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber Nutzungssperren* mit, die die Nutzung der Hardware beeinträchtigen könnten.
- 2.8 Unterliegt die Hardware Exportkontrollvorschriften, weist der Auftragnehmer im Vertrag darauf hin.
- 2.9 Die ordnungsgemäße Datensicherung* obliegt dem Auftraggeber.

3 Personal des Auftragnehmers, Subunternehmer

- 3.1 Der Auftragnehmer erbringt die Leistung durch Personal, das entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen qualifiziert ist. Soweit vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, für die Erbringung von ggf. geschuldeten Leistungen vor Ort nur Personal einzusetzen, welches bereit ist, sich aufgrund des Verpflichtungsgesetzes verpflichten zu lassen. Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in deutscher Sprache, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 3.2 Der Auftragnehmer darf zur Leistungserbringung Subunternehmer nur einsetzen oder eingesetzte Subunternehmer nur auswechseln, wenn der Auftraggeber dem ausdrücklich zustimmt. Die Zustimmung kann nicht aus sachwidrigen Gründen verweigert werden. Die Einarbeitung des neuen Subunternehmers erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Für die im Angebot des Auftragnehmers benannten Subunternehmer gilt die Zustimmung des Auftraggebers als erteilt.

4 Vergütung

- 4.1 Die Vergütung wird nach der Lieferung der Hardware fällig. Dies gilt entsprechend bei vereinbarten Teillieferungen.
- 4.2 Eine fällige Vergütung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung an die vereinbarte Rechnungsadresse zu zahlen. Alle Preise verstehen sich, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht, zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

5 Verzug

- 5.1 Die Termine für die Lieferung der Hardware bzw. für etwaige Teillieferungen sind im Vertrag festgelegt. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Termine angemessen; sonstige Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.
- 5.2 Wenn der Auftragnehmer einen Termin nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung nicht zu vertreten hat. Der Auftraggeber kann im Fall des Verzuges den Verzögerungsschaden verlangen. Ferner kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten und Schadensersatz statt der Leistung verlangen, wenn er dem Auftragnehmer erfolglos eine angemessene Frist zur Leistung gesetzt hat. Anstelle des Schadensersatzes statt der Leistung kann der Auftraggeber Ersatz vergeblicher Aufwendungen im Sinne von § 284 BGB verlangen. Die Fristsetzung ist in den gesetzlich genannten Fällen gem. § 281 Abs. 2, § 323 Abs. 2 BGB entbehrlich.
- 5.3 Soweit nichts anderes vereinbart ist, ist der Auftraggeber für den Fall der Überschreitung des vereinbarten Termins um mehr als sieben Kalendertage berechtigt, für jeden Kalendertag, an dem sich der Auftragnehmer in Verzug befindet, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % der Gesamtvergütung zu verlangen. Satz 1 gilt auch für Überschreitungen von vereinbarten Terminen für Teilleistungen. In diesem Fall berechnet sich die Vertragsstrafe nach dem auf die Teilleistung entfallenden Anteil an der Gesamtvergütung. Insgesamt darf die Summe der aufgrund dieser Regelung zu zahlenden Vertragsstrafen jedoch nicht mehr als 5 % der Gesamtvergütung betragen. Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet.
- 5.4 Abweichend von § 341 Abs. 3 BGB kann die jeweilige Vertragsstrafe bis zur vollständigen Zahlung der Vergütung für die jeweilige Lieferung geltend gemacht werden.

6 Erfüllungsort, Gefahrübergang, Versand

- 6.1 Der Erfüllungsort ist beim Auftraggeber, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 6.2 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht mit der Lieferung über.
- 6.3 Soweit nicht anders vereinbart, trägt der Auftragnehmer die Versand- und Verpackungskosten.
- 6.4 Die Unterzeichnung eines etwaigen Lieferscheines bestätigt nur die räumliche Verbringung der Hardware in den Einflussbereich des Auftraggebers, nicht aber deren Vollständigkeit oder Mangelfreiheit.

7 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln (Gewährleistung)

- 7.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen frei von Sach- und Rechtsmängeln zu erbringen. Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Lieferung, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesem Falle jedoch nicht vor der Frist gemäß Satz 1.
- 7.2 Der Auftraggeber hat Mängel unter Angabe der ihm bekannten und für deren Erkennung zweckdienlichen Informationen zu melden. Soweit keine andere Form der Störungsmeldung vereinbart ist, wird er diese in der Regel auf dem Störungsmeldeformular entsprechend Muster 1 vornehmen; nimmt er ausnahmsweise die Meldung nur telefonisch oder mündlich vor, ohne dass dies vereinbart war, ist die Störung nachträglich in der vereinbarten Form zu dokumentieren.
- 7.3 Meldet der Auftraggeber vor Ablauf der Verjährungsfrist Mängel, und verhandeln die Parteien im Sinne des § 203 BGB, ist die Verjährung gehemmt, bis der Auftragnehmer oder der Auftraggeber die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert. Die Verjährung tritt frühestens drei Monate nach dem Ende der Hemmung ein.
- 7.4 Der Auftragnehmer hat ihm gemeldete Mängel unverzüglich, spätestens innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist zu beseitigen. Dies erfolgt, soweit nicht anders vereinbart, nach Wahl des Auftragnehmers durch Beseitigung oder Neulieferung. Die Wahl erfolgt unter Berücksichtigung der Interessen des Auftraggebers und muss diesem zumutbar sein. Bei der Verletzung von Schutzrechten Dritter gilt vorrangig Ziffer 8. Der Auftragnehmer hat gemäß § 439 Abs. 2 BGB die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen. Erfolgt die Nacherfüllung durch Neulieferung entfällt der Nutzungsherausgabeanspruch des Auftragnehmers. Enthält die Hardware Daten des Auftraggebers, kann dieser statt der Rückgewähr der mangelhaften Hardware diese insgesamt oder Teile davon (z.B. die Datenträger) einbehalten und dem Auftragnehmer insoweit den Zeitwert (unter Berücksichtigung des Mangels) erstatten.
- 7.5 Sind Reaktions-* oder Wiederherstellungszeiten*, jedoch keine Servicezeiten vereinbart, gelten die Zeiträume von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 17:00 Uhr (mit Ausnahme der gesetzlichen Feiertage am Erfüllungsort) als Servicezeiten.
- 7.6 Schließt der Auftragnehmer die Mängelbehebung nicht innerhalb einer ihm gesetzten Frist erfolgreich ab, kann der Auftraggeber dem Auftragnehmer entweder eine weitere angemessene Nachfrist setzen und nach fruchtlosem Ablauf die Vergütung angemessen herabsetzen oder vom Vertrag ganz oder teilweise zurücktreten. Ein Rücktritt wegen eines unerheblichen Mangels ist jedoch ausgeschlossen.
- 7.7 Der Auftraggeber kann darüber hinaus bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen Schadens- oder Aufwendungsersatz gemäß § 437 Nr. 3 BGB verlangen.

8 Schutzrechte Dritter

- 8.1 Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Nutzung der Leistungen geltend und wird deren Nutzung hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, haftet der Auftragnehmer unbeschadet der Rechte des Auftraggebers gemäß Ziffer 7 wie folgt:
- Der Auftragnehmer kann auf seine Kosten entweder die Leistungen so ändern oder ersetzen, dass sie das Schutzrecht nicht verletzen, aber im Wesentlichen doch den vereinbarten Funktions- und Leistungsmerkmalen in für den Auftraggeber zumutbarer Weise entsprechen, oder den Auftraggeber von Ansprüchen gegenüber dem Schutzrechtsinhaber freistellen.
 - Ist die Nacherfüllung dem Auftragnehmer unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich, hat er das Recht, die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurückzunehmen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber dabei eine angemessene Auslaufzeit zu gewähren, es sein denn, dies ist nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich.

Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers z.B. auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz bleiben unberührt.

- 8.2 Die Parteien werden sich wechselseitig unverzüglich über geltend gemachte Ansprüche Dritter verständigen. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer führen. Der Auftragnehmer erstattet dem Auftraggeber notwendige Verteidigungskosten und sonstige Schäden, soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.
- 8.3 Soweit der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten hat, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

9 Haftungsbeschränkung

Sofern keine andere vertragliche Haftungsvereinbarung vorliegt, gelten für alle gesetzlichen und vertraglichen Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers folgende Regelungen:

- 9.1 Die Haftung bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf die Gesamtvergütung beschränkt. Beträgt die Gesamtvergütung weniger als 50.000,- €, wird die Haftung jedoch auf 50.000,- € beschränkt.
Für leicht fahrlässig verursachte Sachschäden haftet der Auftragnehmer abweichend von Sätzen 1 und 2 mindestens aber auf bis zu 500.000,- € je Schadensereignis und insgesamt mindestens auf bis zu 1.000.000,- €.
- 9.2 Die Haftung für leicht fahrlässig verursachten Verzug wird insgesamt auf 50 % der Haftungsobergrenzen gemäß Ziffer 9.1 beschränkt. Im Falle weiterer leicht fahrlässiger Pflichtverletzungen überschreitet die Haftung des Auftragnehmers für den Vertrag jedoch nicht die in Ziffer 9.1 vereinbarten Haftungsobergrenzen.
- 9.3 Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre.
- 9.4 Ansprüche aus entgangenem Gewinn sind ausgeschlossen, soweit nichts anderes vereinbart ist.
- 9.5 Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei Garantieverprechen, soweit bzgl. letzteren nichts anderes geregelt ist.

10 Datenschutz, Geheimhaltung und Sicherheit

- 10.1 Werden personenbezogene Daten im Auftrag durch den Auftragnehmer erhoben, verarbeitet oder genutzt, werden die Parteien eine den gesetzlichen Vorschriften genügende Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung abschließen.
- 10.2 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass alle Personen, die von ihm mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betraut sind, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz beachten. Die nach Datenschutzrecht erforderliche Verpflichtung auf das Datengeheimnis ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
- 10.3 Die Parteien sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

- 10.4 Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Subunternehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Subunternehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Subunternehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Dabei muss die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Subunternehmer ausgeschlossen sein, soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
- 10.5 Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
- 11 Zurückbehaltungsrechte**
Zurückbehaltungs- und Leistungsverweigerungsrechte des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, es sei denn, der Auftraggeber bestreitet die zugrunde liegenden Gegenansprüche nicht oder diese sind rechtskräftig festgestellt.
- 12 Textform**
Soweit nichts anderes geregelt ist, bedürfen vertragliche Mitteilungen und Erklärungen mindestens der Textform.
- 13 Anwendbares Recht**
Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG*).

Begriffsbestimmungen

Aufstellung	Auspacken und Aufstellen der Hardware, Anschließen an das Stromnetz beim Auftraggeber und Durchführen eines Gerätetests
CISG	United Nations Convention on Contracts for the international Sales of Goods (Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf).
Datensicherung	Datensicherung umfasst alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung der Verfügbarkeit, Integrität und Konsistenz der auf dem IT-System gespeicherten und für Verarbeitungszwecke genutzten Daten und Software.
Nutzungssperre	Maßnahmen zur Einschränkung der Nutzungsmöglichkeit.
Reaktionszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer mit den Mängelbehebungsarbeiten zu beginnen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Mängelmeldung innerhalb der vereinbarten Servicezeiten und läuft während der vereinbarten Servicezeiten.
Schaden stiftende Software	Software mit vom Auftraggeber unerwünschter, nicht vereinbarter Funktion, die zumindest auch den Zweck hat, die Verfügbarkeit von Daten, Ressourcen oder Dienstleistungen, die Vertraulichkeit von Daten oder die Integrität von Daten, zu gefährden bzw. zu beeinträchtigen, z.B. Viren, Würmer, Trojanische Pferde.
Teleservice	Leistungen unter Inanspruchnahme von technischen Einrichtungen zur Fernkommunikation von einem Standort außerhalb des Einsatzortes der Hardware.
Wiederherstellungszeit	Zeitraum, innerhalb dessen der Auftragnehmer die Mängelbehebungsarbeiten erfolgreich abzuschließen hat. Der Zeitraum beginnt mit dem Zugang der Mängelmeldung und läuft ausschließlich während der vereinbarten Servicezeiten.
Vorinstallation	Installation von Software auf der Hardware vor deren Lieferung.

Vergabeverfahren

Funktionale Leistungsbeschreibung

**Rahmenvertrag über die Beschaffung von Sensoren für
die Fahrgastzählanlage**

104-25-E11

1. Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines, Angebotsgrundlagen	3
1.1	Angebotsgrundlagen.....	3
1.2	Beweissicherung	3
1.3	Sicherheits- und Gesundheitsschutz	3
1.4	Technische Anforderungen und Leistungsumfang.....	3
1.5	Informationen zum Fahrzeug.....	5
1.6	Anforderungen an die Sensorik	5
1.7	Schulung.....	9
1.8	Teststellung.....	10
1.9	Datenfluss	10
1.10	Allgemeiner Hinweis.....	11
1.11	Gewährleistung.....	12
1.12	Qualitätssicherung und Materialprüfungen	13
1.13	Örtlichkeit	13
1.14	Wartung (Option).....	13
2.	Termine und Vertragsinhalt	14
2.1	Vertragstermine und Teststellung	14
2.2	Preisbildung	14
2.3	Abrechnung	15
3.	Glossar	15
4.	Anlagen.....	15

1. Allgemeines, Angebotsgrundlagen

1.1 Angebotsgrundlagen

Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH (rnv), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim.
Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber (AG) verbindliches Angebot, kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben. Fehlauslegungen der Anfrageunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Anbieters.
Der AG behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Anbieters sind ausgeschlossen.

1.2 Beweissicherung

Vor Beginn der Liefer- und Montageleistungen ist gemeinsam durch den Auftragnehmer (AN) und den AG ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.

Die Beweissicherung besteht aus digitalen Fotos, welche den Zustand vor Baubeginn festhalten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.

1.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutz

Die Koordination und Einweisung der auf dem Betriebshof befindlichen Dienstleiter und/ oder betrieblichen Tätigkeiten wird durch den Projektleiter der rnv in Abstimmung mit dem verantwortlichen Bauleiter des AN abgestimmt.

1.4 Technische Anforderungen und Leistungsumfang

Der AG stellt dem AN für die Durchführung der Leistung nachfolgende Unterlagen zur Verfügung.

ID	A/I/O	Thema
1000	I	Allgemeines:
1001	I	Der Auftraggeber ist die Rhein-Neckar Verkehr GmbH (AG), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim. Das angeschriebene Unternehmen wird gebeten, ein für den Auftraggeber (AG) verbindliches Angebot, kostenlos und ohne jede Verpflichtung für den Auftraggeber abzugeben. Fehlauslegungen der Anfrageunterlagen und Fehler bei der Preisstellung des Angebotes gehen zu Lasten des Anbieters. Der AG behält sich vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben. Ein Anspruch auf Ersatz der Kosten für die Angebotserstellung sowie weitere Ansprüche seitens des Anbieters sind ausgeschlossen.
1002	A	Auftragsgegenstand ist die Beschaffung und Einbau der fahrzeugseitigen Hardware eines automatischen Fahrgastzählsystems.
1003	O	Optional wird die Wartung der angebotenen Hardwarekomponenten für einen Zeitraum von 10 Jahren ab Abnahme angeboten. Die Abrechnung erfolgt nach Inanspruchnahme bzw. Beauftragung durch den AG.

1004	A	Der Auftrag wird als Rahmenvertrag über 6 Jahre und 310 Sensoren (siehe Tabelle), sowie einer Option auf Verlängerung um 2 Jahre angeboten.				
		Typ	Jahr	Σ Fahrzeuge	Türen/ Fzg.	Σ Türen
		Kleinbus	2026	5	2	10
		Solobus	2026 - 2030	90	2	180
		Gelenkbus	2026	40	3	120
1005	A	Der AG verpflichtet sich zu einer Mindestabnahme der vereinbarten AFZS-Ausrüstung für 120 Türen über 6 Jahre.				
1006	A	Der Auftrag umfasst alle technischen Komponenten, die zur Durchführung der Fahrgastzählung sowie zur Speicherung und Übertragung der Daten benötigt werden, einschließlich Verkabelung und Befestigung.				
1007	A	<p>Folgende Leistungen werden vom Bieter gefordert: Lieferung, Installation, Anschluss, Inbetriebnahme, Abnahme sowie optional Wartung. In der Lieferung sind AFZS-Sensoren einschließlich dazugehöriger Hardwarekomponenten wie Halterungen, eventuell Verkleidungen, Verkabelungen enthalten.</p> <p>Zudem beinhaltet eine Installation die Übermittlung der Zählraten an das Zielsystem und die dafür erforderlichen Komponenten.</p>				
1008	A	<p>Zur Dokumentation der verbauten Komponenten sowie der Inbetriebnahme wird vom AN ein Abnahmeprotokoll erstellt und innerhalb von 7 Tagen an die AG übermittelt.</p> <p>Information: Damit können die Stammdaten im Hintergrundsystem hinterlegt und das Fahrzeug in den regulären Datenfluss integriert werden.</p>				
1009	A	Die Abnahme der AFZS-Sensoren erfolgt durch den Anschluss an den bestehenden rnv-Datenfluss mittels Datenübertragung im Format ITxPT und dem Nachweis der geleisteten Zählgenauigkeit >=99% (VDV457-2).				
1010	A	Die Übertragung der ermittelten Daten erfolgt unmittelbar nach Abschluss der Erfassung, welche mit der Türschließung bzw. der Löschung der Türfreigabe erfolgt.				
1011	A	Der AN muss gestatten, dass bei der zukünftigen Beschaffung von Neu- oder Gebrauchtfahrzeugen bereits herstellerseitig ab Werk bzw. als Übernahme vom vorherigen Eigner eine Ausstattung mit AFZS erfolgt ist und daher nicht für jedes neu in den Fuhrpark des AN übernommene Fahrzeug ein Abruf aus diesem Vertrag erfolgen wird.				
1012	A	Bei Abruf muss der AN im Stande sein, die vertragsmäßige Beschaffungsleistung innerhalb von drei Monaten vollständig zu erbringen. Der AN muss ferner bis zu 15 Fahrzeuge innerhalb eines Monats ausstatten und in Betrieb nehmen können.				
1013	I	In den Fahrzeugen des AG werden mit der Neubeschaffung von Fahrzeugen Zählsensoren im Türbereich eingebaut und in den vorhandenen Datenfluss integriert. Dadurch sind aktuell rund 80% der Fahrzeugflotte in der Lage Fahrgastzahlen zu ermitteln und diese an das Hintergrundsystem zu übertragen.				
1014	A	<p>Vor Beginn der Liefer- und Montageleistungen ist gemeinsam durch den Auftragnehmer (AN) und den AG ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen.</p> <p>Die Beweissicherung besteht aus digitalen Fotos, welche den Zustand vor Baubeginn festhalten.</p> <p>Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.</p>				
1015	A	Die Koordination und Einweisung der auf dem Betriebshof befindlichen Dienstleister und/ oder betrieblichen Tätigkeiten wird durch den Projektleiter des AG in Abstimmung mit dem verantwortlichen Bauleiter des AN abgestimmt.				

1016	A	Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebots Kenntnis von der Örtlichkeit zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.
1017	A	Die Ansprechpartner des AN und seine Vertreter sind mit Abgabe eines Angebotes sofort unaufgefordert schriftlich zu benennen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG mitzuteilen.
1018	A	Die Leistungen werden vom Auftragnehmer grundsätzlich mit eigenem Personal ausgeführt. Sofern der Auftragnehmer beabsichtigt, Subunternehmer mit Teilleistungen zu beauftragen, sind diese dem AG schriftlich zu benennen.
1019	A	Alle eingesetzten Produkte bedürfen einer CE-Kennzeichnung.
1020	I	Mit dem AFZS verfolgt der AG die Ziele: <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Einnahmen im VRN, • Bemessung der benötigten Fahrzeugkapazitäten im aktuellen Angebot, • mittel und langfristige Angebotsplanung, • Nachweis der Wirksamkeit angebotsverbessernder Maßnahmen, • Ermittlung von Unternehmenskennzahlen für das interne und externe Reporting, • Echtzeit-Auslastungsprognose.

1.5 Informationen zum Fahrzeug

2000		Fahrzeuge:
2001	I	Bei den auszustattenden Fahrzeugen handelt es sich um neuwertige sowie optional auch gebrauchte niederflurige (bzw. Low-Entry) Midi-, Standard- und Gelenklinienbusse mit ein, zwei oder drei Türen pro Fahrzeug unterschiedlicher Hersteller und Baureihen.
2002	I	Folgender Türtyp ist im Einsatz: <ul style="list-style-type: none"> • Innenschwenktür zweiflüglig Niederflur

1.6 Anforderungen an die Sensorik

3000		Sensorik:
3001	A	Der AN hat bei der Auswahl der Zähltechnologie sicherzustellen, dass die Zählung an jeder Tür des Fahrzeuges erfolgt.
3002	A	Der Sensor ist für jeden bei der AG eingesetzten Türtypen geeignet (und wurde bereits entsprechen zertifiziert? > Nachweis).
3003	A	Die Zähltechnologie des AN muss in der Lage sein, auch an bisher noch nicht im Fuhrpark des AN vertretenen bzw. überhaupt am Markt verfügbare Türtypen angepasst zu werden.
3004	A	Der Sensor muss für Automobile ausgelegt sein und die Vorschriften für Automobilanwendungen (Bus) erfüllen.
3005	A	Der Sensor muss in der Lage sein, die generierten Zählraten in Echtzeit zu übertragen, um den aktuellen Besetzgrad darstellen zu können.
3006	A	Für die Übermittlung der Zählraten in Echtzeit erfolgt der Anschluss jedes Sensors an den im Fahrzeug verbauten integralen Datenrouter der Firma onway. Der Anschluss an den Switch des Routers erfolgt mittels M12-Steckverbindung für eine Ethernet-Verbindung.

3007	I	Der AG verwendet auf seinen Fahrzeugen im Einflussbereich des integralen Datenrouters universelle M12 Steckverbindungen. Diese sind mit Gewinde, um Verbindungen u.a. gegen Vibration zu sichern.
3008	A	Ethernet max. 100 Mbit/s.
3009	I	Mit dem im Türbereich bereitgestellten Anschluss: M12-Stecker, D-kodiert wird die Datenübertragung sichergestellt.
3008	I	Im Fahrzeug steht 24V aus der On-Board-Spannungsversorgung - für den Anschluss der Zähltechnik - zur Verfügung.
3010	I	Mit dem im Türbereich bereitgestellten Anschluss: M12-Stecker, A-kodiert wird die Spannungsversorgung sichergestellt.
3011	A	Mit dem Anschluss der im Türbereich bereitgestellten I/O-Steckverbindung (M12-Buchse, B-kodiert oder vergleichbar) wird der Türkontakt übermittelt.
3012	A	Der Einbau der Sensorik erfolgt über der Tür.
3013	A	Der Einbau der Sensorik muss die maximale Türabmessung Höhe 2.000 mm und Türbreite 1.350 mm abdecken.
3014	A	Die Sensoren sind in einer öffentlich zugänglichen Umgebung eingesetzt. Der Sensor muss Beschädigungen erkennen und Schäden an der Oberfläche, die für die Funktion kritisch sind, melden (Sabotage-Erkennung).
3015	A	Konfiguration, Aktualisierung und Kommunikation des Sensors und seiner Software sind durch Cyber-Security-Maßnahmen geschützt. Sie müssen die folgenden Kriterien erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> • Verwaltung der Benutzerauthentifizierung, • rollenbasierte Zugriffsverwaltung, • Zertifikatsverwaltung und • sicheres Update-Verfahren.
3016	A	Die eingesetzte Sensorik ist verschiedenen Bedingungen bzgl. Witterung und Lichtverhältnissen ausgesetzt. Diese Bedingungen dürfen die Zählgenauigkeit eines Sensors nicht beeinträchtigen.
3017	A	Folgende Verhältnisse treten im Gebiet des AG auf und beeinflussen das Geschehen beim Öffnen und Schließen der Fahrzeurtüren und den dahinterliegenden Innenraum: <ul style="list-style-type: none"> • Temperaturen von - 15°C bis + 45°C, • Temperaturwechsel > 10°C innerhalb einer Stunde (Wetterumschwung, z. B. "Blitzeis"), • starke Helligkeit durch Sonneneinstrahlung oder künstliches Licht, • nächtliche Dunkelheit, • starke Dunkelheit durch Ausfall von künstlichem Licht, • Veränderung der Lichtverhältnisse von hell zu dunkel bzw. dunkel zu hell (z. B. Haltestelle im Eingangsbereich eines Tunnels, unter Brücken, usw.), • Feuchtigkeit durch verschiedene Niederschläge, sowie • hohe Luftfeuchtigkeit.
3018	A	Die Verhältnisse (siehe 3016) können auch in kombinierter Form auftreten, eine Beeinträchtigung der Zählgenauigkeit ist auszuschließen.
3019	A	Die Zähltechnik muss folgenden Bedingungen entsprechen: <ul style="list-style-type: none"> • Gehäuse der Schutzklasse IP65 gemäß IEC 60529:1989+A1:1999+A2:2013, • Lagerung -40°C bis +85°C, • relative Feuchtigkeit max. 95%, sowie • IK Schutzklasse IK06 gemäß EN 50102:1995

3020	I	Auf Grund des geringen Gewichts und einer hohen Robustheit, setzt der AG im Bereich Sensortechnik folgende Materialien ein: Aluminium-Druckguss/ Aluminium und Edelstahl. Beim Einsatz anderer Materialien ist eine Erläuterung beizufügen.
3021	A	Die Regelung UN/ECE-R 118 (UN Regelung Nr. 118 der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa – Einheitliche technische Vorschriften über das Brennverhalten und/oder die Eigenschaft von beim Bau von Kraftfahrzeugen bestimmter Klassen verwendeten Materialien, Kraftstoff oder Schmiermittel abzuweisen) ist zu erfüllen.
3022	A	Die Regelung UN/ECE R 10 (UN Regelung Nr. 10 der Wirtschaftlichen Kommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) – Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (EMV)) ist zu erfüllen.
3023	A	Die Sensoren sind in den Außentürbereichen der Fahrzeuge plangleich (ohne Aufsatz) zu verbauen. Der Einbau der Sensoren hat unter der Vorgabe der optimalen Ausrichtung vibrationsicher für den dauerhaften Bordbetrieb zu erfolgen. Bei Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Außentüren durch geschultes Werkstattpersonal, darf die Sensorik nicht beeinträchtigt werden.
3024	A	Eine erforderliche Justierung oder Kalibrierung der Sensoren, z.B. nach Werkstatttätigkeit im Türbereich, muss ohne großen Aufwand durch den AG möglich sein.
3025	A	Die Feinjustierung der Sensoren muss über eine Software per Laptop möglich sein. Die Software muss sich unter gängigen IT-Anforderungen bei dem AG installieren lassen, der Laptop muss auch den IT-Anforderungen des AG entsprechen (siehe Anlage Kapitel IT-Anforderungen).
3026	A	Die Installation der Sensoren muss durch geschultes Personal des AG ohne fremde Hilfe in einer AG-eigenen Werkstatt möglich sein. Ein- und Ausbau muss von eingewiesenem Werkstattpersonal der AG ohne fremde Hilfe vorgenommen werden können. Das Wartungspersonal muss nach Inbetriebnahme die gesamte eingesetzte Software nutzen können.
3027	A	Die installierte Zählsensorik ist an den integralen Datenrouter anzubinden und in Betrieb zu nehmen. Abstimmungen mit dem Hersteller des integralen Datenrouters trifft der Bieter bilateral und einvernehmlich. Der AG ist über den Vorgang rechtzeitig davor in Kenntnis zu setzen. Zusatzaufwand für AG ist damit nicht verbunden.
3028	A	Die Echtzeit-Übertragung der türscharfen Daten erfolgt mit Ethernet im Format ITxPT an einen MQTT des AG. Der AN ist für den richtigen und vollständigen Datenfluss verantwortlich.
3029	A	Für Vergleichszählungen sind Videostreams zu verwenden. In diesem Stream müssen die einzelnen Ein- und Aussteigevorgänge erkennbar sein, jedoch dürfen keine Personen identifizierbar sein. Das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 (1) des Grundgesetzes (GG) ist zu wahren. Daraus abgeleitete Bestimmungen sind einzuhalten. Dies gilt mindestens für die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) von Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 in der zum Zeitpunkt der Vertragsschließung gültigen Fassung.
3030	A	Eine Identifizierung von Fahrgästen (Gesichtserkennung) ist weder im Rahmen der Fahrgastzählung noch bei der parallelen Erfassung per Videostream möglich.
3031	A	Das Starten und Beenden der Aufzeichnung dieser Videostreams muss über eine Software ferngesteuert werden. Das System muss in der Lage sein, via LAN mit einem zentral im Fahrzeug verbauten integralen Datenrouter zu kommunizieren und diesen Weg auch für Kommunikation mit möglichen Backend-Server-Systemen zu nutzen. Über

		diese Kommunikation muss sich der Video-Stream pro Tür aktivieren lassen. Die IT-Anforderungen der AG sind zu beachten.
3032	A	Videostreams und das Speichern der Daten erfolgen automatisch und manipulationsfrei. Einwirkungsmöglichkeiten von außen auf die Zählgenauigkeit sind mit dem Angebot in Form eines Schaubilds und als Text auf maximal drei Seiten aufzuzeigen.
3033	A	Der Einbau und der Anschluss des Speichermediums haben so zu erfolgen, dass dieses für das Wartungspersonal leicht zugänglich ist: Vorbauten und verwinkelte Anordnungen sind zu vermeiden, andere Systeme werden nicht berührt.
3034	A	Die Speicherung der Daten muss mit handelsüblichen Wechselspeichermedien möglich sein. Weitere Medien für einen möglichen Austausch sind bereit zu halten. Die Übertragung des Videostreams erfolgt per Datenträger über ein von AG zugelassenes Datenformat (siehe IT-Anforderungen).
3035	A	Ein externer Zugriff auf das Speichermedium (außer Wechselmedien) z.B. via Universal Serial Bus (USB) - Schnittstelle, RJ45-Schnittstelle und/oder M12-Schnittstelle ist zu gewährleisten. Die von AG zugelassenen Datenformate sind zu beachten (siehe IT-Anforderungen).
3036	A	Der AN hat eine geeignete Hard- und Software zum Betrachten der Streamingdaten vorzusehen. Die IT-Anforderungen des AG sind zu beachten.
3037	A	Die Zähltechnik wird nur aktiviert, wenn das Fahrzeug hält und die Türen geöffnet werden (Ein- und Aussteigevorgang). Die Zählung funktioniert auch dann, wenn nur ein Türflügel geöffnet ist.
3038	A	Die Signale „Tür öffnen“ (= Beginn der Zählung) und „Tür schließen“ (= Ende der Zählung) sind dem integralen Datenrouter direkt zuzuleiten und werden getrennt pro Tür benötigt. Eine oder mehrere Wiederholungsöffnungen an einem Ortspunkt müssen möglich sein (z. B. im Winterbetrieb). Die Aktivierung der Zählung erfolgt auch, wenn nicht alle Türen im Wagen geöffnet werden. Die Aktivierung der Zählsensoren darf nur für die offenen Türen erfolgen.
3039	A	Der Sensor/ die Türkomponente muss das Öffnen einer Tür bzw. das Schließen einer Tür auch bei optischer Erkennung der Türöffnung bzw. ohne Nutzung des Türkontakts/-signals verzögerungsfrei feststellen. Damit muss sichergestellt werden, dass bei geschlossener Tür keine Fahrgastwechsel erkannt bzw. keine Ein- und Aussteiger gezählt werden.
3040	A	Jede ein-/ aussteigende Person ist richtungsdetektiert zu erfassen.
3041	A	Eine Unterscheidung nach mindestens 2 Größenklassen, z.B. standardmäßig maximal 1,20 Meter und größer als 1,20 Meter ist möglich. Die Werte sind parametrierbar.
3042	A	Wenn die Zündung ausgeschaltet wird, soll die Fahrgastzählung noch eine definierte Zeit weiterzählen. Dazu wird das Zündungs-Signal vom Wagenbus-Sternpunkt PIN 2 (Entwerter-Nachlauf) abgenommen (und zusätzlich ein Nachlauf-Relais gesetzt). Der Nachlauf nach Ausschalten der Zündung ist zu parametrieren und durch den AN einzustellen. Es ist für AG ein Default-Wert von 20 Minuten vorzusehen.
3043	A	Mit der Übertragung der Daten je Tür wird zusätzlich der Fehlerstatus des Sensors übermittelt.
3044	A	Folgende Fehlermeldungen müssen je Sensor ausgegeben werden können: <ul style="list-style-type: none"> • SABOTAGE • POWER FAILURE • OVERTEMPERATURE
3045	A	Zusätzlich zu ein-/ aussteigenden Personen ist die Zählung mindestens der Objekttypen Fahrrad, Kinderwagen und Rollstuhl möglich. Es wird zahlenmäßig zwischen Personen und Objekten unterschieden. Eine weitere Differenzierung nach Objekttyp ist nicht erforderlich.

3046	A	Für die Erfassung von Objekten wird eine Zählgenauigkeit von mindestens 80% vorausgesetzt, gemessen als Abweichung der automatisch bestimmten Menge der Objekttypen.
3047	A	Die Erfassung von Höhen- und Forminformationen erfolgt unabhängig von Objektfarbe und Umgebung.
3048	A	Die Funktionsfähigkeit und Zählgenauigkeit ist unabhängig von magnetischen und elektrischen Feldern.
3049	A	Die Zuverlässigkeit des Systems ist mit Hilfe des Mean Time Between Failures-Wert anzugeben. Diese muss mindestens 110.000 Stunden betragen.
3050	A	Das gesamte System mit sämtlichen Komponenten hält alle für die gegenständliche Beschaffungsmaßnahme relevanten Gesetze, Regelwerke, Normen und Vorschriften ein, insbesondere das Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StZVO), Regelung Nr. 107 der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UN/ECE) — Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Fahrzeugen der Klassen M2 und M3 hinsichtlich ihrer allgemeinen Konstruktionsmerkmale, die Verordnung über Bau und Betrieb von Straßenbahn (BOStrab), Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO), die Schriften und Empfehlungen des Verbandes Öffentlicher Verkehrsunternehmen (VÖV) und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV): VÖV-/ VDV-Schriften 400 „Planungsgrundlage für stationäre nachrichtentechnische Anlagen im Verkehrsunternehmen“, Schnittstelle zur Fahrzeugintegration VDV 300 und 301 sowie die Anforderungen an ein Automatisches Fahrgastzählssystem gemäß VDV 457 Version 2.3. ein ; falls der AN Videobasierte Zähltechnik anbietet, müssen die besonderen Anforderungen nach (Kapitel 15.2.2.3) erfüllt werden.
3051	A	Die Software - welche auf den Komponenten des AFZS verfügbar ist - muss den Anforderungskatalog "Automatische Fahrgastzählung" des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 09.02.2023 entsprechend und eine unmittelbare Zertifizierung - nach abgeschlossener Inbetriebnahme - ohne weitere Anpassungen ermöglichen.
3052	A	Eine Anpassung der im Bereich AFZS eingesetzten Software erfolgt nach Absprache mit dem AG. Änderungen in der Software sind nur dann möglich, wenn die zertifizierten Komponenten davon unberührt bleiben.
3053	A	Bei der im Fahrzeug verbauten Technik - Sensor usw. - handelt es sich um bereits am Markt eingesetzte Produkte und keine Prototypen.

1.7 Schulung

4000		Schulung:
4001	A	Im Rahmen der Inbetriebnahme werden 5 Mitarbeiter der AG auf Installation und Konfiguration der Sensoren auf dem Fahrzeug geschult.
4002	A	Während der Projektlaufzeit besteht die Möglichkeit, jährlich einen Mitarbeiter des AG nachzuschulen bzw. die bestehende Schulung zu aktualisieren.
4003	A	Die Preissätze je Schulung und MA sind zu benennen.
4004	A	Informationen zur Dauer und der Struktur einer Schulung sind zu beschreiben.
4005	A	Eine Schulung vor Ort wird angeboten. Die dafür erforderlichen Bedingungen sind zu benennen.

1.8 Teststellung

5000		Teststellung:
5001	I	Im Rahmen der Ausschreibung erfolgt eine Teststellung, in dem Bieter die Funktionalität der Zähltechnik unter Beweis stellt.
5002	A	Die Teststellung erfolgt in einem Zeitraum von 3 Tagen. Innerhalb dieses Zeitraums stehen 2 Tage für die Bereitstellung durch den AG und 1 Tag für den Test zur Verfügung.
5003	I	Für die Durchführung der Teststellung stellt der AG für alle AN eine Örtlichkeit unter Laborbedingung zur Verfügung, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten.
5004	I	Die Fahrzeuge des AG haben in den Gelenk- sowie Standardlinienbussen einen einheitlichen Türtyp verbaut. Dieser wird für die Teststellung bereitgestellt.
5005	I	Für die Teststellung wird es ein einheitliches Drehbuch (Testfälle) geben, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

1.9 Datenfluss

6000		Datenfluss
6001	A	Die Daten werden vom Sensor im Nachrichtenformat ITxPT an das Netzwerk der AG übermittelt.
6002	A	MQTT-Nachrichten werden über den AG eigenen MQTT-Broker übermittelt.
6003	A	Die Nachrichten folgen der ITxPT-Definition und werden mittels Protocol Buffer serialisiert (siehe Anhang).
6004	A	Es gibt drei Nachrichtentypen mit entsprechenden MQTT-Topics: <ul style="list-style-type: none"> Automatic Passenger Counting APC: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/apc/protobuf/pdc GNSS Location: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/avl/protobuf/gnss Sensorevents: /vrn/AG/<RBL-Nummer>/itxpt/ota/event/protobuf/sensor
6005	A	Die interne Nummer des Fahrzeugs (RBL-Nummer) wird als Fahrzeugidentifikationsnummer von der AG vorgegeben.
6006	A	Die PDC-Daten (PassengerDoorCount) werden für jede Tür übermittelt, entweder nachdem alle Türen geschlossen worden sind oder nach einer definierten Zeit, nachdem eine der Türen geschlossen worden ist und so in ITxPT verwendet.
6007	A	Die PDC-Daten für die jeweilige Tür können zweimal oder mehrmals in der gleichen Haltestelle erzeugt werden, wenn die Tür mehr als einmal geöffnet und geschlossen wird (jede Öffnungs- Schließ-Sequenz verteilt die während der Sequenz gezählten Fahrgastanzahlen).
6008	A	Wenn die PDC-Daten zum Infrastrukturserver wegen eines Kommunikationsfehlers nicht verteilt werden können, werden die Daten gespeichert und zum nächstmöglichen Zeitpunkt verteilt.
6009	A	Die GNSS-Daten werden zum Infrastrukturserver periodisch alle 10 Sekunden weitergeleitet.
6010	A	Vereinfachte Darstellung des Datenflusses:

6011	A	<p>Definitionen: APC: https://wiki.itxpt.org/docs/S02P07-APC_-_v2.2.2, table 4, Extensions: DoorOpenAtTime, 0:1, nonNegativeInteger; DoorCloseAtTime, 0:1, nonNegativeInteger GNSS: https://wiki.itxpt.org/docs/S02P03-GNSSLocation_-_v2.3.0, table 4 SensorEvents: eigene Definition, angelehnt an ITxPT-Format</p>
6012	A	Der AG hat jederzeit Zugriff auf die vom Fahrzeug bzw. den Sensoren gesendeten Daten. Daten und Strukturen werden offengelegt.
6013	A	Nach Ablauf der Gewährleistung erfolgt die Betreuung des Datenflusses vom Fahrzeug bis ins Hintergrundsystem durch den AG. Zu dessen Sicherstellung sind genannte Anforderungen zu beachten.
6014	A	Der AN übergibt, nach Ausstattung eines Testfahrzeuges und dem erfolgreichen Test, das vollständig ausgefüllte IT-Betriebshandbuch an den AG. Der AG stellt eine Vorlage bereit.
6015	A	Der AG hält sich offen, einen alternativen Datenfluss zwischen Fahrzeug und Eingang in den rnv-MQTT im Format ITxPT zu prüfen. Hierbei gelten weiterhin alle genannten Anforderungen an den Sensor und dessen Datenübertragung. In diesem Zusammenhang anfallende Kosten für Beschaffung von Servern usw. wird vom AN getragen, sind im Preisballt näher zu erläutern und wird durch den AG bereitgestellt.

1.10 Allgemeiner Hinweis

7000		Allgemeiner Hinweis:
7001	I	Die Zählgenauigkeit bei den technischen Zählgeräten definiert sich durch die Nicht-Überschreitung der zulässigen Abweichung der Zählzeiten von technischen Zählgeräten gegenüber Kontrollzählungen. Diese Anforderung wird einerseits durch die Abnahme und andererseits durch die Qualitätssicherung im laufenden Betrieb gewährleistet.
7002	I	Relevant für die Genauigkeit ist grundsätzlich die Abweichung der technisch gezählten Einsteiger von den manuell gezählten Einsteigern und die Abweichung der technisch gezählten Aussteiger von den manuell gezählten Aussteigern.
7003	I	Vom AFZS wird die Generierung erwartungstreuer Schätzwerte mit unteren und oberen Vertrauensgrenzen für statistische Maßzahlen der Merkmale Personen (P) und Personenkilometer (Pkm) erwartet. Die nachfolgend beschriebenen Anforderungen sind in der Einnahmenaufteilungsregelung des VRN vertraglich vorgegeben und durch den Bieter zwingend zu erfüllen.
7004	I	Das Kriterium der "globalen Unverzerrtheit" gibt an, welche Gesamtgenauigkeit das AFZ-System hat. Dabei werden alle Ein- und Aussteiger an allen Haltestellen und an allen Türen berücksichtigt: Die Summe der automatisch und der manuell gezählten Ein- und Aussteiger darf je Türtyp maximal 1 % voneinander abweichen.
7005	I	Das Kriterium "Einzelabweichung" gibt an, welche Genauigkeit das AFZ-System auf Halteebene und auf Türebene hat.

7006	A	Haltereignis Einsteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Einsteigereignisse fehlerhaft sein, wobei ein einzelnes Ereignis (Einsteiger) aller Türen eines Zählfahrzeugs an einem Halt als fehlerhaft gilt, wenn die Abweichung der Einsteiger mehr als 20 % des manuellen Wertes und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7007	A	Haltereignis Aussteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Aussteigereignisse fehlerhaft sein, wobei ein einzelnes Ereignis (Aussteiger) aller Türen eines Zählfahrzeugs an einem Halt als fehlerhaft gilt, wenn die Abweichung der Aussteiger mehr als 20 % des manuellen Wertes und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7008	A	Türereignis Einsteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Haltestellentürereignisse (Einsteiger) fehlerhaft sein. Ein Haltestellentürereignis (Einsteiger an der Tür) gilt als fehlerhaft, wenn dessen Abweichung mehr als 33,3 % und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7009	A	Türereignis Aussteiger: Es dürfen nicht mehr als 5 % aller Haltestellentürereignisse (Aussteiger) fehlerhaft sein. Ein Haltestellentürereignis (Aussteiger an der Tür) gilt als fehlerhaft, wenn dessen Abweichung mehr als 33,3 % und gleichzeitig mehr als eine Person beträgt.
7010	A	Der Bieter muss entweder beide Kriterien Haltereignis oder beide Kriterien Türereignis erfüllen.
7011	A	Ein statistischer Test zur Unverzerrtheit (Äquivalenztest) zeigt, ob die durch das AFZ-System produzierten Zählerdifferenzen auf Fahrtebene systematisch oder zufällig sind ("systematischer Fehler"). Es wird nach Ein und Aussteigern unterschieden.
7012	A	Die Unverzerrtheit der Zählerdifferenzen bei Einsteigern sowie Aussteigern auf Fahrtebene ist nachgewiesen, wenn das Konfidenzintervall für das Verhältnis automatischer und manueller Zählung bei Einsteigern sowie Aussteigern auf Fahrtebene maximal plus / minus 0,02 beträgt und den Wert „0“ einschließt. Der Bieter muss diese Anforderungen erfüllen.

1.11 Gewährleistung

8000		Gewährleistung:
8001	A	Bei einem auftretenden Defekt an einer Zähleinrichtung muss der AN diesen innerhalb von drei Monaten durch Reparatur oder Austausch der AFZS-Komponenten beheben.
8002	A	Ein Zählsensor gilt als defekt, wenn: <ul style="list-style-type: none"> keine Zählzeiten übermittelt werden die übermittelten Zählzeiten eines Tages alle den Wert 0 Einsteiger und 0 Aussteiger aufweisen die saldierte Zählgenauigkeit (Abweichung der Summe der Einsteiger von der Summe der Aussteiger) über einen Zeitbereich von einem Kalendermonat an mindestens 8 aufeinander folgenden Tagen oder an mindestens 12 einzelnen Tagen des Monats < 95% beträgt der Sensor die Zahl der Ein- und Aussteiger im Tagesverlauf aufsummiert (z. B. an Haltestelle 1 werden 2 Einsteiger gezählt und 2 Einsteiger übermittelt, an Haltestelle 2 werden 5 Einsteiger gezählt und 7 (statt korrekt 5) Einsteiger übermittelt, an Haltestelle 3 werden 3 Einsteiger gezählt und 10 Einsteiger übermittelt, etc.). der Sensor eine Fehlermeldung übermittelt, die sich nicht durch einen Neustart der Fahrzeugtechnik beheben lässt.
8003	A	Bereits in den Fahrzeugen vorhandene technische Ausstattung darf durch den AN mitgenutzt werden. Im Wartungsfall muss der AN zur Problemlösung beitragen, soweit

		seine Komponenten für das Problem (mit-)ursächlich sind oder gemeinsame Schnittstellen zu der mitgenutzten Technik bestehen.
--	--	--

1.12 Qualitätssicherung und Materialprüfungen

Alle eingesetzten Produkte bedürfen einer CE-Kennzeichnung.

1.13 Örtlichkeit

Der Bieter bestätigt mit Abgabe des Angebots Kenntnis von der Örtlichkeit zu haben und alle sich daraus ergebenden Kosten hinsichtlich der Verfahrensweisen, Materialzulieferungen, Montagetechniken etc. in seinem Angebot berücksichtigt zu haben. Nachforderungen des AN, die auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Örtlichkeit entstehen, sind ausgeschlossen.

1.14 Wartung (Option)

11000		Wartung:
11001	I	Die Wartung beginnt nach Ablauf der Gewährleistung.
11002	A	<p>Die Wartung beinhaltet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Wartung, Reparatur sowie Austausch aller defekten, sowie fehlerhaften Komponenten an der gesamten installierten Zähltechnik. • Die Fehleranalyse und Behebung aller Auffälligkeiten die in einen direkten Bezug zum Sensor stehen. • Die Organisation eines Techniker-Einsatzes bei der rnv erfolgt auf Basis der von der rnv gemeldeten Fahrzeugen und in Abstimmung mit dem AN. • Den Einsatz eines Technikers an allen Standorten der rnv GmbH und ihrer Subunternehmer. • Bei einem Einsatz ist es möglich mindestens 5 Fahrzeuge an einem Tage zu bearbeiten. Diese werden von der rnv bereitgestellt. • Den wochenweisen Einsatz eines Technikers vor Ort. • Es werden 0,75% für einen Anreise- sowie Abreisetag eingeplant. • Folgendes wird von der rnv bereitgestellt: Schlüssel fürs Fahrzeug. • Die Einsatzzeit vor Ort erfolgt in Abhängigkeit der Fahrzeugbereitstellung. • Bei Bedarf die Abstimmung mit angrenzenden Komponenten und deren Hersteller zur Fehleranalyse (z.B. integraler Datenrouter). • Der Einsatz eines Technikers vor Ort bedarf einer Vorlaufzeit von mindestens 1 Woche. Die rnv benennt die auffälligen Fahrzeuge 10 Tage vor dem eigentlichen Einsatz. Der AN prüft diese bis 7 Tage vorher gegen. Die Fahrzeuge werden koordiniert und die Einsatzliste 3 Tage vor dem eigentlichen Einsatz von der rnv bereitgestellt. Da der Einsatz der Fahrzeuge betrieblich die oberste Priorität hat, behält sich der AG kurzfristige Anpassungen in Abhängigkeit der Verfügbarkeit (Werkstatt, Unfall usw.) des jeweiligen Fahrzeuges vor. • Der AG erhält die Kontaktdaten des Technikers, um diesen bei seinem Einsatz ggf. unterstützen zu können.
11003	A	Auffälligkeiten an Fahrzeugen: siehe 8002
11004	A	Die Wartung beinhaltet mindestens einen Einsatz vor Ort im Quartal.
11005	A	Die Wartung wird für 2 Jahre und der Möglichkeit einer jährlichen Verlängerung im Preisblatt angeboten.

2. Termine und Vertragsinhalt

2.1 Vertragstermine und Teststellung

Für die Maßnahmen geht der Auftraggeber aktuell, von einem festen Zeitplan aus:

Beginn Einbau der abgerufenen Sensoren: nach Zuschlagserteilung nach Abstimmung mit den AG

Gesamtvertragslaufzeit: siehe Vertragsbedingungen oder Verfahrensvermerke

Vertragsverlängerungen optional gem. Vertragsbedingungen oder Verfahrensvermerke

Technische Leistungsfähigkeit - Teststellung

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auch ohne vorherige Teststellung zu erteilen. Sollten anhand der eingereichten Datenblätter Unklarheiten bestehen, wird die technische Machbarkeit vor Zuschlagserteilung durch eine Teststellung am Standort des Auftraggebers geprüft.

Hierzu hat der Bieter die Sensorik probeweise an verschiedenen Fahrzeugen einzubauen.

Dies erfolgt gegebenenfalls nach Angebotsabgabe und auf Anforderung des Auftraggebers.

Zeitraum: unmittelbar nach Angebotsöffnung; Ende Juni 2026 - Ende Juli 2026

2.2 Preisbildung

Durch den Bieter ist ein Pauschalpreis für alle beschriebenen Leistungen anzugeben (s. Preisblatt).

- Zur Information: Kosten seitens des AG

Service category	Service type	Description	Estimated monthly cost	Jährliche Kosten
Koste	Virtual Machines	1 D8 v5 (8 vCPUs, 32 GB RAM) x 730 Stunden (Pay as you go), Windows (Enthaltene Lizenz), OS Only; 0 managed disks – E1; Inter Region transfer type, 5 GB outbound data transfer from Europa, Westen to Ostasien	€513,67	
Verwaltung und Governance	Azure Backup	Azure-VMs, Standard Sicherungsrichtlinie, 1 Instanz(en) x 128 GB, LRS-Redundanz, Niedrig durchschnittliche tägliche Abwanderung, 166 GB durchschnittliche monatliche Sicherungsdaten auf Standardebene, 0 GB durchschnittliche monatliche Sicherungsdaten auf Archivebene	€11,82	

Support und Wartung	€20,00	
Total	€545,50	€6546,00

2.3 Abrechnung

Gemäß Vertragsunterlagen.

3. Glossar

9000	I	Glossar
9001	I	AFZS – automatisches Fahrgastzählsystem
9002	I	AG – Auftraggeber
9003	I	AN – Auftragnehmer
9004	I	APC – Automatic Passenger Counting
9005	I	GNSS – Global Navigation Satellite System
9006	I	I/O – Input/Output
9007	I	ITxPT – Information Technology for Public Transport
9008	I	MQTT – Message Queuing Telemetry Transport
9009	I	P – beförderte Personen
9010	I	PDC – PassengerDoorCount
9011	I	Pkm – Personenkilometer
9012	I	VDV – Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
9013	I	RBL-Nummer = VehicleID = Fahrzeugnummer
9014	I	VRN – Verkehrsverbund Rhein-Neckar

4. Anlagen

10000		Anlage
10001	I	IT-Anforderungen

[Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage]
[104-25-E11]

Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

Betreff: [Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage]
[104-25-E11]

Unter Bezugnahme auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot, an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [10.09.2025] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

1. Angebotsinhalt

Bestandteile unseres Angebotes (Vertragsbestandteile), an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden halten, sind neben diesem Angebotsschreiben folgende Unterlagen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsbeschreibungen und zugehörige Anlagen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
BVB Liefer- und Dienstleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Sicherheitsinformation für Fremdfirmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EVb-IT Kauf-AGB	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
B.IX.1 – Verpflichtung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Bei Bedarf)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung EU-Russland-Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)

[Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage]
 [104-25-E11]

LTMG- Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
-------------------------	-------------------------------------	--

Das Leistungssoll wird abschließend und ausschließlich in den vorbenannten Vertragsbestandteilen bestimmt. Weitere im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellte Unterlagen oder Informationen enthalten keine Konkretisierung der zu erbringenden Leistungen.

Zum Nachweis der Eignung sind weitere einzureichende Unterlagen erforderlich, diese sind an den entsprechenden Stellen innerhalb der Vergabeunterlagen benannt.

2. Ansprechpartner

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

3. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung

Umsatzsteuer-Nr.	
Bankverbindung	
Kontoinhaber	
IBAN	
BIC	

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

4. Preisangebot

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

Preisblatt

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

 (Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

104-25-E11

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

104-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

104-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

104-25-E11

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

104-25-E11

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

104-25-E11

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer Bietergemeinschaft]

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

104-25-E11

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

104-25-E11

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

 (Firmenname und Rechtsform)

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) /beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen

Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022

Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
 - oder
 - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur 3)

20.05.2026

Verfahren: 104-25-E11 - Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Sensoren für Fahrgastzählanlage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	120,00	Stück pro 1,00 Stück
	- Mindestabnahmemenge - Preis pro Sensor incl. Material je Tür					

2	Sensoren für Fahrgastzählanlage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	190,00	Stück pro 1,00 Stück

- Keine Abnahmeverpflichtung. Bestellung erfolgt durch den Auftraggeber auf Abruf -
Preis pro Sensor incl. Material je Tür.
Die Mindestabnahmemenge zzgl. den optionalen Sensoren ergeben die
Höchstmenge. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn diese Menge oder
dieser Wert erreicht ist.

3	Montagekosten je Tür	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	120,00	Stück pro 1,00 Stück
<p>- Mindestabnahmemenge - Der Auftraggeber stellt für die Montage 3 Busse pro Tag zur Verfügung! Die Mindestabnahmemenge zzgl. den optionalen Sensoren ergeben die Höchstmenge. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn diese Menge oder dieser Wert erreicht ist.</p>						
<hr/>						
4	Montagekosten je Tür	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	190,00	Stück pro 1,00 Stück
<p>- Keine Abnahmeverpflichtung, Abrechnung nach Aufwand - Die Mindestabnahmemenge zzgl. den optionalen Sensoren ergeben die Höchstmenge. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn diese Menge oder dieser Wert erreicht ist.</p>						
<hr/>						
5	Reisekostenpauschale	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Tage pro 1,00 Tag
<p>pro Tag - Mindestabnahmemenge - Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die Montage 3 Busse pro Tag zur Verfügung! Die Mindestabnahmemenge zzgl. den optionalen Sensoren ergeben die Höchstmenge. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn diese Menge oder dieser Wert erreicht ist.</p>						

6	Reisekostenpauschale	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	30,00	Tage pro 1,00 Tag

pro Tag
- Keine Abnahmeverpflichtung, Abrechnung nach Aufwand -
Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die Montage 3 Busse pro Tag zur Verfügung!
Die Mindestabnahmemenge zzgl. den optionalen Sensoren ergeben die Höchstmenge. Der Rahmenvertrag verliert seine Wirkung, wenn diese Menge oder dieser Wert erreicht ist.

7	Schulung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Tage pro 1,00 Tag

Schulung von 5 rnv-Mitarbeitern im Rahmen der Inbetriebnahme beim Auftraggeber vor Ort (gemäß Leistungsbeschreibung).

8	Schulung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	5,00	Tage pro 1,00 Tag

Optional jährliche Schulung eines rnv-Mitarbeiters beim Auftraggeber vor Ort (gemäß Leistungsbeschreibung).

9	Optionale zusätzliche Aufwände	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit pro 1,00 Leistungseinheit

Vom Bieter anzugebende etwaige zusätzliche Kosten, die durch den Einsatz des angebotenen Sensors, insbesondere durch erforderliche Anpassungen der bestehenden IT-Infrastruktur, entstehen können. Sofern keine zusätzlichen Kosten anfallen, ist der Wert „0“ einzutragen.

Textergänzungen/Eigenschaften

Bitte listen Sie hier die optionalen Zusatzaufwände auf::

10	Wartung (nach Ablauf der Gewährleistung)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	2,00	Jahre pro 1,00 Jahr

gem. Lastenheft Punkt 1.14 "Wartung (Option)"

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1	Eignungskriterien Gewichtung: 0,00%
1.1	Erklärung Insolvenz [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO). <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Nur eine Antwort wählbar
1.2	Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Nur eine Antwort wählbar
1.3	Erklärung des Bieters [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Nur eine Antwort wählbar
1.4	No-Spy-Erklärung [Mussangabe] Ausschlusskriterium Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden. <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Nur eine Antwort wählbar
1.5	Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Gewichtung: 0,00%
1.5.1	Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB Gewichtung: 0,00%

1.5.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbungsgemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder wurde gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:

Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

1.5.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und wurde dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:

Sind mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde:

Ist das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

1.5.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Befindet sich das Unternehmen in einer der folgenden Situationen?

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde:
Sind mehr als drei Jahre ab dem Tag des betreffenden Ereignis vergangen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja gegeben

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit ja beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:
Soll aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss abgesehen werden, weil in einer Anlage Gründe dargelegt werden, die dieses Vorgehen rechtfertigen würden, u.a. die Einleitung geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen gem. §125 GWB?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

1.5.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vor?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.5.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

1.5.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.6 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

1.6.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.

1.6.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.7 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten

Gewichtung: 0,00%

1.7.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.8 Erklärung technische Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

1.8.1 Technische Leistungsfähigkeit - Teststellung

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag auch ohne vorherige Teststellung zu erteilen. Sollten anhand der eingereichten Datenblätter Unklarheiten bestehen, wird die technische Machbarkeit vor Zuschlagserteilung durch eine Teststellung am Standort des Auftraggebers geprüft.
 Hierzu hat der Bieter die Sensorik probeweise an verschiedenen Fahrzeugen einzubauen.
 Dies erfolgt gegebenenfalls nach Angebotsabgabe und auf Anforderung des Auftraggebers.

1.8.2 Technische Leistungsfähigkeit [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Können Sie die Anforderungen des Sensors gemäß der Leistungsbeschreibung innerhalb des geforderten Zeitrahmens erfüllen?

Wir bitten Sie, Ihre Leistungs- und Lieferfähigkeit gemäß der Leistungsbeschreibung und den Vertragsbedingungen zu bestätigen. Darüber hinaus bitten wir um eine Bestätigung, dass das bestehende System sowie die dafür notwendigen Sensoren integriert werden können.

Die Unterlagen der angebotenen Hardware müssen dem Angebot beigelegt werden.

Wurden die Angaben bestätigt und die technischen Datenblätter dem Anhang beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.9 Erklärung zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

1.9.1 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

1.9.1.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ist Ihr Unternehmen im Handelsregister eingetragen?

Hinweis: Sofern Ihr Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist (z.B. bei Einzelunternehmern), erfolgt eine gesonderte Aufklärung. Bitte halten Sie eine Begründung bereit, warum keine Eintragungspflicht besteht.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.9.1.2 Falls Sie im Handelsregister eingetragen sind:

Ausschlusskriterium

Ist ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) beigelegt?*

Hinweis: Wenn kein Auszug beigelegt wurde, ist ein Nachweis über die Beantragung beizulegen. Der Auszug ist nach Erhalt unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachzureichen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.9.2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

1.9.2.1 Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt.

Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei.

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Personenschäden
- € 2.000.000 für Sach- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt.

Bitte beachten Sie: Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert. Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden.

Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.9.2.2 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bieter verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten:

- € 3.000.000 für Personenschäden
- € 2.000.000 für Sach- und Vermögensschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird.

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt?

Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.10 KMU

Gewichtung: 0,00%

1.10.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 104-25-E11 - Rahmenvertrag - Beschaffung Sensoren für die Fahrgastzählanlage

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Leistungsbeschreibung.pdf	569,25 KB	pdf
Dateianlage	IT-Lastenheft.xlsx	49,12 KB	xlsx